

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 192 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 1/2011 VOM 12. JANUAR 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

6 | **Oderberger
Grundstücksdeal**

Ihrke treibt Kleinstadt in den Ruin

8 | **Vom Himmel
hoch...**

Peppige Show am Hindukusch

12 | **Closed
Generation**

Von Treibern und Getriebenen

Nazi-Ehrung im »Verein für Heimatkunde«

Verleihung der »Rudolf-Schmidt-Medaille« an verdienstvolle Vereinsmitglieder

Der Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V. hat eine Medaille gestiftet, benannt nach dem Eberswalder Regionalhistoriker Rudolf Schmidt. Zum einen sollen damit die Leistungen von Vereinsmitgliedern bei der Heimatgeschichtsforschung und -publikation im Sinne Rudolf Schmidts gewürdigt und zum anderen der Stellenwert des sich hierfür engagierenden Vereins in das Blickfeld gerückt werden.

Rudolf Schmidt hat unbestreitbar große Verdienste hinsichtlich der Heimatgeschichtsschreibung erworben. Daß der Verein für Heimatkunde zu Eberswalde heute das Erbe des »Vaters der Heimatgeschichtsforschung im Barnim« pflegt, fortführt und der heutigen Öffentlichkeit zugänglich macht, ist daher nur zu verständlich. Dieses lobenswerte Engagement wird allerdings durch mangelnden kritischen Umgang mit der Geschichte – insbesondere der ihres Idols Rudolf Schmidt – geschmälert. So findet sich im aktuellen Heimatkalender, in dem u.a. die Verdienste Rudolf Schmidts als Kreishistoriker umfassend dargestellt werden auch nicht der kleinste Hinweis darauf, daß dessen Revers schon vor 1933 das NSdAP-Parteiabzeichen »schmückte«.

Als Anfang der 1990er Jahre Schmidts »Geschichte der Stadt Eberswalde« neu aufgelegt wurde, gab es in dem von Ludwig Arendt verfaßten Vorwort sowie in den Anmerkungen noch kritische Anmerkungen dazu – ohne daß dadurch Schmidts Verdienste in Frage gestellt wurden. Heute wird die »braune« Seite von Rudolf Schmidt bewußt weggelassen. So entsteht ein geschöntes Geschichtsbild, mit dem der Verein die fleißige Forschungsarbeit seiner Mitglieder entwertet.

Dabei können die Vereinsverantwortlichen nicht geltend machen, sie wüßten nichts über Schmidts braune Vergangenheit. Bereits im Herbst 2006 hatten Vereinsmitglieder initiiert, die Straße »An der Friedensbrücke« in Eberswalde in »Rudolf-Schmidt-Straße« umzubenennen. Besonders Museumsleiterin Ramona Schönfelder legte sich damals ordentlich ins Zeug. Der städtische Kulturausschuß hatte der Umbenennung schon unkritisch durchgewinkt. Erst nachdem die »Barnimer Bürgerpost« Schmidts Nazi-Hintergründe öffentlich gemacht hatte, ließ die Stadtverwaltung stillschweigend von dem Ansinnen ab.

Heimatgeschichtsforschung und -publikation im Sinne Rudolf Schmidts – was bedeutet das?

In einem weiteren Beitrag in der »Barnimer Bürgerpost« machte Holger Kliche vom Geschichtswissenschaftlichen Institut Eberswalde u.a. darauf aufmerksam, daß Rudolf Schmidt als Herausgeber des »Oberbarnimer Kreiskalenders« tatkräftig nationalsozialistisches Gedankengut, u.a. in Form von Gedichten und Liedern, verbreitete. Auf dem Gebiet der Familienforschung galt er als »geradezu ein Paradestück für alle sippenkundliche Geschichtsschreiberei«. Schmidt selbst schrieb: »Nachdem der Nationalsozialismus das deutsche Recht wieder zu einem angemäßen gestaltet hat, kommt der rechtlichen Volkskunde eine erhöhte Bedeutung zu«. Damit verschrieb er sich der Rassistheorie von Hitler und verbreitete sie mit seinen Mitteln. Wer sich davor verschließt, gibt heute jenen Kräften Vorschub, die vom deutschen Herrenmenschen nicht nur träumen. (BBP 11/2006)

Bereits am 16. Juni 2010 hat der Vorstand des Vereins für Heimatkunde zu Eberswalde e.V. die Verleihung der Rudolf-Schmidt-Medaille beschlossen. Am 16. Oktober 2010 wurde die Medaille offiziell verliehen an Dr. Werner Achterberg (der am gleichen Tag verstarb und sich nicht mehr dagegen wehren kann), Prof. Dr. K. Jürgen Endtmann, Karin Friese, Dr. Albrecht Milnik, Dr. Gunther Nisch und Dr. Klaus Rohlfen.

Es ist nicht bekannt, daß einer der Geehrten, alles kluge und gerade historisch kompetente Menschen, die Annahme der Medaille wegen der braunen Vergangenheit Schmidts verweigerte oder wenigstens lautstark gegen die unkritische Rezeption protestierte.

GERD MARKMANN

Erinnerungen an das vorige Jahrhundert

DER ERSTE SCHNEE IM VORIGEN JAHRHUNDERT KAM JEDESIMAL NACHTS, MANCHMAL AM FRÜHEN MORGEN, ABER AUF JEDEN FALL PLÖTZLICH UND UNERWARTET WIE EIN RICHTERVOLLZIEHER.

WLADIMIR KAMINER (aus: *Es gab keinen Sex im Sozialismus – Legenden und Mißverständnisse des vorigen Jahrhunderts*)

Entspanntes Heer

Hier soll die Großtat eines jungen und dynamischen, fränkischen Ritters aus altherwürdigem Geschlecht gewürdigt werden.

Der katholische Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg wird in die Geschichtsbücher als der Auflöser des stehenden Heeres in Deutschland eingehen. Unter seiner Führung ist die Wehrpflicht abgeschafft worden, was dem stehenden Heer den Garaus macht. Der zwangsweise und sinnlose Dienst ganzer Generationen von jungen Männern im deutschen Heer hat damit sein Ende gefunden.

Es ist schon bemerkenswert, daß diese große Tat von einem Adligen vollbracht wird. Waren es doch gerade die Junker, die seit jeher als Leutnants, Hauptmänner und Generale unersetzbar waren, mit den stehenden Heeren gut bezahlte Beschäftigungen und auch den Weg in die kapitalistische Gesellschaft fanden. Stehende Heere sind mit den absolutistischen Nationalstaaten aufgekommen und bilden eine der tragenden Säulen des Überbaus der kapitalistischen Nationalstaaten.

Der Drill in den stehenden Heeren hat die Nationen geformt und das Bewußtsein unserer Vorfahren geprägt. Sie demonstrieren den unbedingten Machtanspruch des Staates nach innen und außen, gegen jeden, jederzeit und überall. In den stehenden Heeren lernten die Staatsbürger die gottgewollte hierarchische Ordnung, Gehorsam, Befehl, Denunziation und was eine eigene Meinung und das Leben wirklich wert sind. Die Deutschen haben sich im Heereswesen besonders hervorgetan. Unsere Vorfahren haben erst einige Jahre geübt, ihren Nationalstaat verspätet aufgebaut und dann aber ordentliche Heere aufgestellt mit denen sie zweimal mit deutscher Gründlichkeit halb Europa zerstört und dabei wie die Vandalen gehaust und unsäglich gemordet haben. Seit zwanzig Jahren können wir die Auflösung der stehenden Heere in Europa unmittelbar beobachten.

Einen wesentlichen Beitrag leisteten die alten Knacker vom Politbüro, die sich von den bildungsbürgerlichen Revolutionären vertreiben ließen. An hervorragender Stelle sind auch die vielen Kampfgruppier, Parteifunktionäre und Soldaten zu nennen, die ihre Waffen im Schrank ließen.

Richtig rangeglotzt haben aber die Russen, Amerikaner, Engländer, Kanadier und Franzosen, indem sie ihre Truppen aus Deutschland abgezogen haben. Und sogar die Bundeskanzler Kohl, Schröder und Merkel haben ordentliche Beiträge zur Abrüstung geleistet. Um den kläglichen Rest aufzulösen, wird sicher noch jemand finden.

Hurra, die Leuteschinderei ist vorbei. Unsere Kinder glauben es kaum, was der Opa da vom Drill und Schikanieren, vom Wacheschieben, EK-Kegeln, Kloputzen, Bandmaßen, vom dummen Spieß und dem ganzen Frust erzählt.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Spende für das Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur

Einen solchen Verein muß man fördern

Eberswalde (sast). Am 20. Dezember übergab Sabine Stüber, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, eine Spende in Höhe von 500,00 Euro an den Verein Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schu-



le e.V. in Eberswalde. Die Übergabe fand in den Räumlichkeiten des Jugend- und Kulturverein Exil e.V., Am Bahnhof Eisenspalterei in Eberswalde statt. Der Verein wurde im Dezember 2000 gegründet. Arbeitsschwerpunkte des Eberswalder Zentrums für demokratische Kultur sind einerseits die Förderung der Schuljugendarbeit, der Schulsozialarbeit und der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule und andererseits die Förderung präventiver Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Jugendgewalt. Der Verein fördert zivilgesellschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Eberswalde.

Die Spende soll genutzt werden, um die Entwicklung des Theaterensemble »Label Noir« des Vereins zu unterstützen. »Gerade in der heutigen Zeit«, sagt Sabine Stüber, »sollte mehr denn je auf Jugend- und Sozialarbeit, Toleranz und Gewaltfreiheit aufmerksam gemacht werden. Vereine wie diese müssen unterstützt und gefördert werden um deren Erhalt zu sichern.«

»Boginski verstößt gegen geltendes Recht«

Eberswalde (bbp). Dem Eberswalder Bürgermeister sei dringend zu empfehlen, daß er über die Informations- und Diskussionslage aus dem Städte- und Gemeindebundes die Stadtverordneten aber auch den Kameraden der Berufsfeuerwehr informiert, sagte der Fachgruppensekretär Feuerwehr bei der Gewerkschaft ver.di Dieter Korte. Korte registriert »schon wieder erhöhter Druck auf die Beschäftigten«, damit am Schluß wieder gesagt werden kann, daß ja nie-

mand einen Ausgleich wollte. Der Bürgermeister »hofft scheinbar weiterhin, daß die Beamten der Berufsfeuerwehr keine Anträge stellen und will auch die laufenden Arbeitsbedingungen bzw. das Arbeitszeitregime nicht ändern. Er verstößt damit gegen geltendes Recht, national und europäisch.« Der Gewerkschafter rät den Stadtverordneten, das Feuerwehrpersonal schnellstmöglich aufzustoocken und eine Rücklage für Nachzahlungen zu bilden. (Seite 5)

Barnimer Bündnisgrüne mit neuer Struktur

Eberswalde (b90/grüne). In ihrer Mitgliederversammlung am 4. Januar verabschiedeten die Barnimer Bündnisgrünen eine neue Satzung für den Kreisverband. Damit sollen die Weichen für die zukünftige Stärkung der Parteiorganisation gestellt werden. Der Kreisverband Barnim wird zukünftig aus drei Regionalverbänden gebildet. Der Regionalverband Niederbarnim bleibt wie bisher verantwortlich für die Gemeinden Ahrensfelde und Panketal sowie die Städte Werneuchen und Bernau. Der Regionalverband Mittelbarnim umfaßt die Gemeinden Wandlitz und Schorfheide sowie das Amt Biesenthal-Barnim. Der Regionalverband Oberbarnim vereint die Mitglieder aus Eberswalde sowie aus den Ämtern Joachimsthal und Britz-Chorin-Oderberg.

Aufgabe des Kreisverbandes ist die Bearbeitung von Kreis-, Landes- und Bundesthemen. Er kümmert sich um die Geschäftsstelle, die Gestaltung des Internetauftrittes, die Sicherung der Finanzen, die Kandidatenaufstellung für Kreistag, Landtag und Bundestag sowie die Organisation von Wahlkämpfen. Die Regionalverbände sollen eigenverantwortlich regio-

nale Themen bearbeiten und stellen die Kandidaten für Gemeinderatswahlen im jeweiligen Zuständigkeitsgebiet auf.

»Die Notwendigkeit zu einer Stärkung der bisherigen Strukturen ergab sich aus vielfältigen Erwägungen«, erklärte der stellvertretende Kreisprecher Thomas Dyhr. »Wir wollen und müssen in der Mitgliederzahl wachsen. Neumitglieder haben tausend Fragen und wollen integriert werden. Das mochte zwar in Eberswalde noch ganz gut klappen, wenn aber ein Neumitglied aus mitgliederschwachen Regionen zu uns stieß, bekamen wir mit der Betreuung ein Problem. Das konnte zu ungewollten Frustrationen führen. Auch inhaltlich benötigen wir eine verlässliche Struktur, die das Wirken in der Fläche gewährleistet, ohne daß im einzelnen Ort aktive Mitglieder tätig sind.«

Als provisorische Vorstände für die neu gegründeten Regionalverbände Mittel- und Oberbarnim wählte die Mitgliederversammlung den Heimleiter Stefan Böhmer aus Wandlitz und die Pädagogin Elke Rosch aus Lüdersdorf. Den provisorischen Vorständen obliegt die Führung und Vertretung der Regionalverbände bis zur regulären Vorstandswahl.

Möchtegern-Deichgraf bleibt diesmal zu Hause

1.800 Menschen in Oderberg, Liepe und Niederfinow wären von Dammbbruch betroffen

Hohensaaten (bbp). Ministerpräsident Matthias Platzeck macht seinem Ruf als ehemaliger »Deichgraf« auch in diesem Jahr Ehre. In der ersten Januarwoche informierte er sich am Abschnitt Hohensaaten persönlich über Hochwasserlage an der Oder. Begleitet wurde er dabei vom Präsidenten des Landesumweltamtes Matthias Freude. Auch Umweltministerin Anita Tack zeigte an der Oder Präsenz.

Vor einem Jahr, bei weit niedrigeren Pegelständen als aktuell, zog es auch den Barnimer Landrat zum Fototermin auf den Oder-Deich. Freilich stand damals die erste Direktwahl des Landrats bevor und es verging kaum ein Tag, an dem die kreisliche Pressestelle nicht eine Pressemitteilung inklusive Ihrke-Foto in Umlauf brachte. Den erwünschten Erfolg brachte diese Art Amtsmissbrauch nicht. Letztlich entschied erst das Losglück über den Verbleib des Alt-Landrats im Amt.

In diesem Jahr ist kein Wahlkampf. Fotos »von der Front« mit dem Ihrke-Konterfei sind derzeit entbehrlich. Zwei der drei Pressemitteilungen des Landkreises in der ersten Januarwoche haben dennoch das Hochwasser zum Thema. Trotz der sehr hohen Oderpegel blieb die Lage am 7,7 km langen Barnimer Deichabschnitt in der ersten Januarwoche stabil. Das zugleich steigende Binnenhochwasser im Hinterland werde nicht von den erhöhten Wasserständen der Oder, sondern durch den ebenfalls hohen Grundwasserspiegel verursacht, sagte die Sachgebietsleiterin Bevölkerungsschutz

Katja Haak. Die Feuerwehren des Amtes Britz-Chorin-Oderberg verteilten Merkblätter zum Verhalten bei Hochwasser und Binnenhochwasser.

Das Tauwetter am zweiten Januarwochenende verschärfte die Situation. Dennoch blieb alles sachlich. Der Landkreis richtete ein Bürgertelefon ein (03334/214-1900) bei dem sich Bürgerinnen und Bürger über das aktuelle Hochwassergeschehen informieren können. Die aktuellen Pegelstände sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen werden auf der Homepage www.barnim.de unter dem Menüpunkt »Hochwasser 2011« bereitgestellt. Auch dort hat man die Möglichkeit, sich mit seinen Fragen zur Hochwassersituation über ein dafür eingerichtetes Kontaktformular an die verantwortlichen Mitarbeiter der Kreisverwaltung zu wenden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises stellen sich derweil auf die schlimmstmögliche Situation, eines Deich- oder Dammbrechens in Märkisch-Oderland, ein. Komme es zu einem Deichbruch bei Hohensaaten würde sich das Wasser entlang der alten Oder Richtung Oderberg ergießen. Nach diesem schlimmsten Szenario wären in Teilen Oderbergs, Liepes und Niederfinow bis zu 1.800 Menschen von Hochwasser gefährdet. »Wir glauben, daß die Kollegen im Nachbarkreis den Deich halten können, wollen aber für alle Unwägbarkeiten vorbereitet sein«, kommt schließlich doch noch Landrat Bodo Ihrke zu Wort.

Zukunft der Kleiderkammer weiter ungewiß

Finanzierung zu einem Fünftel gesichert

Eberswalde (bbp). Im Oktober 2010 hatte der Trägerverein der Kleiderkammer im Brandenburgischen Viertel (Vereinshaus in der Havelandstraße 15) an die Öffentlichkeit appelliert, die Finanzierungslücke von 5.500 Euro für das Jahr 2011 durch Spenden zu schließen. Bislang konnte ein knappes Fünftel des Bedarfs gedeckt werden. Zu den Spenderinnen und Spendern gehören mit 500 Euro die Wahlkreis-abgeordnete des Deutschen Bundestages Sabine Stüber (DIE LINKE), die Sparkasse Barnim mit 150 Euro, die Firma Hartwig »Kunst und Rad« aus dem Schorfheider Ortsteil Eichorst mit 100 Euro sowie neben dem Ortsvorsteher Carsten Zinn ein weiteres Aufsichtsratsmitglied der Technischen Werke Eberswalde. Hinzu kommen die medial angekündigten Spenden der Evangelischen Kirchengemeinde Finow und der Kolpingsfamilie Eberswalde/St. Peter und Paul (vgl. BBP 12/2010), auf deren Eingang die »gute Seele der Kleiderkammer« Petra Mahlke im Dezember noch hoffte.

Der Trägerverein Kleiderkammer und sozialer Service e.V. (K.u.s.S e.V.) in der Havelandstraße 15 in 16227 Eberswalde Ortsteil Brandenburgisches Viertel ist telefonisch unter der

Nummer 0160/4913352 erreichbar. Petra Mahlke weist auf das Spendenkonto des Vereins hin: Kleiderkammer und sozialer Service e.V., Sparkasse Barnim (BLZ: 170 52 000), Kontonummer: 30000 30998. Als Kennwort bitte angeben: Spende für Kleiderkammer - Brandenburgisches Viertel.

Ortsvorsteher Carsten Zinn sieht als Zielstellung für die Kleiderkammer im ersten Halbjahr 2011 die Überführung in eine solide Trägerschaft. Ansonsten sei der »Tod auf Raten« vorprogrammiert. Träger mit dem nötigen Potential für inhaltliche, organisatorische und finanzielle Stützung der Kleiderkammer könnten aus Zinns Sicht Vereine und Einrichtungen wie der Arbeitslosenverband, die Akademie 2. Lebenshälfte, die Volkssolidarität Barnim, die Barnim-Uckermark-Stiftung, der DRK-Kreisverband oder auch die Bundesagentur für Arbeit Eberswalde oder das Job-Center Barnim sein. Ab Januar 2011 wird eine Nachfolgerin für die Nähstube der Kleiderkammer gesucht. Natalja Hoffmann scheidet zum Jahresende aus und geht in den wohlverdienten Ruhestand. Der Ortsvorsteher dankt ihr ausdrücklich »für ihre stets solide geleistete (Näh)Arbeit«.

Waldstadt wird Solarstadt

Die kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich durch eine sehr dynamische Ökonomie aus. Wenn der Verwertungsprozeß erstmal in Gang gekommen ist, dann brummt's. In Eberswalde kann das derzeit bei der Solarstromindustrie beobachtet werden. Neben der geplanten Erweiterung der Solaranlagen auf dem Finower Flugplatzgelände, entstehen großflächige Photovoltaikkraftwerke auf dem Rofin-Gelände und im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde. Dort soll auch eine große Biogasanlage gebaut werden.

Als sich im Frühjahr 1996 in Eberswalde ein kleines Häuflein Enthusiasten zum »Arbeitskreis Alternative Energien« zusammenfand, konnten sie vom heutigen Stellenwert alternativer Energieerzeugung im Landkreis Barnim nur träumen. Mehrere Jahre lang rannten sie mit ihren Ideen bei den politisch Verantwortlichen in Stadt und Kreis gegen Wattewände. Freundlich lächelnd wurde ihre Initiative regelmäßig ausgebremst. In der Barnimer Bürgerpost war in den Jahren 1996 bis 1999 davon desöfteren zu lesen.

Erst als die Grünen gemeinsam mit der SPD im Bund in die Regierungsverantwortung kamen und alternative Energien massiv gefördert wurden, änderten die Führungskader des Landkreises ihre Einstellung, während in Eberswalde weitere Jahre – sogar nach dem Bürgermeisterwechsel – die Schulzische Betonstrategie bestimmend blieb. Auf Landkreisebene entstand mit der neuen Bundespolitik als Rückendeckung seit der Jahrtausendwende das Konzept »barum111«, nach welchem in den beiden Landkreisen Barnim und Uckermark die Energieerzeugung aus alternativen Quellen 111 % des Energieverbrauchs erreichen soll. Aktuell sind diese Aktivitäten unter dem Label ERNEUER:BAR zusammengefaßt.

Mittlerweile ist der Bedarf an exklusiver politischer Förderung geringer geworden. Die Produktion erneuerbarer Energie ist zum Selbstläufer geworden, trotz der 2010 gekappten Förderquoten. Oder vielleicht gerade deswegen, weil alle schnell noch die alte Förderung mitnehmen wollten. Da pfeifen die Ökostromerzeuger schnell mal auf ökologische Grundsätze und machen die Quartiere seltener Tiere platt oder holzen ganze Wälder ab, sogar ohne auf die Vegetationsphasen Rücksicht zu nehmen. Das alles konnten wir im vergangenen Jahr erleben und die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim – so scheint's – drückt alle Hühneraugen zu. Da die Naturschützer dem Bauamt unterstehen, muß das auch niemanden wundern.

Es hatte gedauert, ehe die öffentliche Verwaltung ihre Funktion als Förderer neuer innovativer Technologien begriffen hatte. Nun wird es wohl ebenso lange dauern, daß hier die Verwaltungsbürokratie wieder ihrer Funktion gerecht wird, die selbstzerstörerische Dynamik kapitalistischer Wertverwertung zu bremsen.

GERD MARKMANN

Die kleine Lilly stirbt – der zuständige Ausschuß fällt aus

Eberswalde (bbp). Der Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport habe den Haushalt 2011 der Stadt Eberswalde bereits auf seiner Sitzung am 1. Dezember 2010 diskutiert und befürwortet, teilte der Ausschußvorsitzende Martin Hoeck (FDP) am 28. Dezember mit. Bisher seien keine Änderungen im Haushalt des Amtes für Bildung, Jugend und Sport zu erwarten. Daher sei eine erneute Behandlung nicht erforderlich. Weitere Vorlagen liegen zur Behandlung im Ausschuß weder von der Stadtverwaltung noch von Fraktionen vor. In Absprache mit dem Ersten Beigeordneten Lutz Landmann habe Hoeck daher beschlossen, daß die geplante Sitzung am 12. Januar entfällt.

Den Stadtverordneten Carsten Zinn (DIE LINKE) überraschte diese Entscheidung. »Wäre es nicht dringend notwendig und der aktu-

ellen Situation angemessen gewesen«, fragt er deshalb den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP), »wenn der Fachausschuß den vorgesehenen Sitzungstermin am 12. Januar genutzt hätte, um sich mit den Umständen, den Ursachen sowie den Folgen und den Lehren des tragischen Unglückes vom 8. Dezember 2010 auseinanderzusetzen?«

Die Fragen, mit denen der Ausschuß sich aus seiner Sicht hätte beschäftigen müssen, hat der Stadtverordnete zu einer offiziellen Anfrage für die Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar zusammengefaßt:

»Wie wird in den städtischen Kitas angesichts des gegebenen ErzieherInnenschlüssels die notwendige Betreuung bspw. bei Urlaub und in Krankheitsfällen gewährleistet?

Welchen rechtlichen Status und welche daraus

resultierenden Pflichten haben die in Kitas zum Einsatz kommenden Praktikantinnen und Praktikanten sowie die Beschäftigten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Kräfte)?

Welche fachlichen und organisatorischen Konsequenzen zieht das zuständige Fachdezernat unter Leitung des Ersten Beigeordneten Lutz Landmann sowie das Amt Jugend, Bildung und Sport unter Leitung von Kerstin Ladewig aus diesem tragischen Unglücksfall?

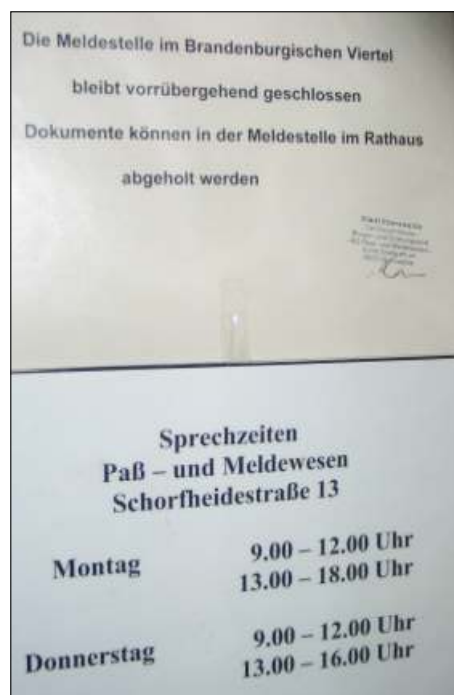
Ist Ihnen bewußt, daß derzeit eine große Verunsicherung unter den Leiterinnen und den ErzieherInnen der städtischen Kitas herrscht, insbesondere auch unter Berücksichtigung der großen öffentlichen Anteilnahme aber auch Empörung in der Eberswalder Bevölkerung zu den in den lokalen und überregionalen Medien geschilderten Begleitumständen des tragischen Unglückes?«

Bürger- und Ordnungsamt:

Außenstellen mit Nachleben

Eberswalde (bbp). Auch der Appell des Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel an Stadtverordnete, die Außenstellen des Bürger- und Ordnungsamtes zu erhalten verhallte letztlich ohne Wirkung. Die Stadtverordneten folgten mehrheitlich dem Verwaltungsantrag zur endgültigen Schließung (BBP 12/2010).

Umso erstaunter waren Bürgerinnen und Bürger, die in der ersten Januarwoche ins Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße kamen. Dort war nach wie vor und schwarz auf weiß zu lesen, daß die Meldestelle nur vorübergehend geschlossen sei.



»Hat es sich die Stadtverwaltung anders überlegt?«, grübelten die Besucher vor der Bürgeramtstür. »Oder will man uns hier nur nach Strich und Faden verarschen?«

Eine Gemeinde rüstet für die Zukunft

Leitbildentwurf der Gemeinde Chorin

Mitte 2009 haben es sich die Bürger der Gemeinde Chorin auf Anregung von Michael Luthardt zur Aufgabe gemacht, für ihre sieben Ortsteile ein gemeinsames Leitbild aufzustellen. Sie erhalten auch in diesem Jahr Unterstützung von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH). Der im Juni 2010 von Akteuren erstmals formulierte Leitbildentwurf für die Gemeinde wurde nun von Studentinnen und Studenten des Studienganges »Landschaftsnutzung und Naturschutz« grundlegend überarbeitet. Basierend auf Gesprächen mit Gemeindevertretern sowie eigenen Recherchen wurden Werte, Ziele und die Einbindung der einzelnen Ortschaften in die Gesamtgemeinde konkretisiert. Chorin, Bro-

dowin, Golzow, Neuehütte, Sandkrug, Senfentehütte und Serwest sollen zukünftig an einem Strang ziehen!

Eine von den Studierenden konzipierte Wanderausstellung wird umfassend zum Prozeß der Leitbildfindung und zum neuen Leitbildentwurf informieren. Am 21. Januar 2011 erfolgt ab 18 Uhr die Eröffnung der Ausstellung im Bahnhof Chorin mit der Gelegenheit zu Information und Diskussion über die Zukunft der Gemeinde Chorin. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Leitbildentwurf vorab auf der Internetseite der Gemeinde Chorin oder im Amtsblatt (Ausgabe Januar 2011) einsehen.

PATRICK THUR

Offenes Forum zur Gesundheitspolitik

Der Stadt seniorenbeirat Eberswalde lädt zu einem Offenen Forum zu aktuellen bundespolitischen Entwicklungen in der Gesundheitspolitik am Donnerstag, dem 3. Februar 2011, ein. Von Kopfpauschale bis Pflegereform besteht die Möglichkeit, mit einem langjährigen, profunden Kenner und Experten der bundesdeutschen Gesundheitsszene, dem Bereichsleiter Gesundheitspolitik beim Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Herbert Weisbrod-Frey, in Dialog zu treten.

Das Forum findet am 3. Februar, im Bürgerzentrum des Eberswalder Ortsteils, Brandenburgisches Viertel, in der Schorfheidestraße 13 in der Zeit von 10 Uhr bis 13 Uhr statt.

Wir freuen uns, die Seniorinnen und Senioren der hiesigen Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Parteien, aber auch andere Interessierte aus der Stadt Eberswalde zu dieser Veranstaltung herzlich begrüßen zu dürfen.

RENATE KUHLMANN,
Vorsitzende des Stadt seniorenbeirates

WBG zahlt »Begrüßungsgeld«

Eberswalde (bbp). Die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow eG (WBG) freut sich über jeden neuen Mieter. Damit unterscheidet sich die WBG sicherlich kaum von anderen Wohnungsgesellschaften. Doch die WBG freut sich sogar dann, wenn die neuen Mietern nicht sofort vermittels neuer Mieteinnahmen die Geschäftsbilanzen verbessern. Im Blickpunkt der Genossenschaft stehen nämlich Kinder, die

in den Familien der Genossenschaftsmitglieder geboren werden. Diese erhalten von der WBG 100 Euro »Begrüßungsgeld« in Form eines Einkaufsgutscheins für die Eberswalder Rathauspassage. Das »WBG-Journal« berichtete in seiner Dezemberausgabe, daß sich seit Beginn der Babybegrüßungsaktion bereits 27 junge Familien über ein solches Geschenk ihrer Wohnungsgenossenschaft freuen konnten.

Fragen und Gerüchte zum Neujahrsempfang

Eberswalde (bbp). Der Internetseite der Stadt und regionalen Pressemeldungen war Anfang des Jahres zu entnehmen, daß »in Anbetracht der tragischen Ereignisse der letzten Tage ... der für den 14. Januar geplante Neujahrsempfang nicht durchgeführt wird«. Dazu hat sich der Stadtverordnete Carsten Zinn (DIE LINKE) zur nächsten StVV-Sitzung am 27. Januar mit mehreren Fragen an den Eberswalder Bürgermeister gewandt.

Zunächst fragt er, ob es sich bei dem jährlichen Neujahrsempfang »um einen Empfang der Stadt Eberswalde oder um ein persönlichen Empfang des Bürgermeisters« handle und in welcher Form der Bürgermeister die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und die Fraktionsvorsitzenden an der Entscheidung hinsichtlich der Absage des Neujahrsempfanges beteiligt hat. »Würde als Alternative zu der generellen Absage die Möglichkeit geprüft«, fragt der Stadtverordnete weiter, »den Neujahrsempfang in Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung

auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben? Auf welchen Gründen erfuhren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, wie auch die Akteure des Begleitprogramms, darunter die fleißig programmübenden Schülerinnen und Schüler der Grundschule Schwärzese im Brandenburgischen Viertel, von der Absage des Neujahrsempfanges nur aus den lokalen Medien bzw. der städtischen Homepage?« Schließlich macht er den Bürgermeister auf Gerüchte aufmerksam, die in der Eberswalder Bevölkerung umlaufen, »wonach der Grund für die Absage des Neujahrsempfanges darin liegen soll, daß die eingesparten Mittel für die Finanzierung der von der Stadt übernommenen Bestattungskosten benötigt werden«.

Das alles weist auf offensichtliche Kommunikationsmängel zwischen Bürgermeister und Stadtverwaltung einerseits sowie Stadtverordneten und Bürgern andererseits hin. Abschließend fragt Carsten Zinn daher den Bürgermeister, welche Möglichkeiten dieser sehe, diese Mängel künftig abzustellen.

Zum Planungsstand B 167neu:

Die »unverträgliche« Südanbindung

Finowfurt (bbp). Im Dezember informierte Gerd Renatus vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) den Kreistagsabgeordneten Johannes Madeja auf dessen Nachfrage über den aktuellen Bearbeitungsstand der Ortsumgehung Finowfurt und Eberswalde (B 167neu). »Die Planung ist seit Sommer vergangen Jahres etwas weiter fortgeschritten«, schreibt die Ministeriumsvertreterin. »Für die westlichen Abschnitte (von der L 220 bis zur L 200, ehemals B 2) hat das BMVBS den Gesehenvermerk auf die technische Planung erteilt.«

Das Planfeststellungsverfahren zur Erlangung des Baurechts wird etwa zwei Jahre dauern und soll im IV. Quartal 2011 begonnen werden. Für die Fortführung östlich der L 200 hat das Land Brandenburg die Bestimmung der Linie durch das BMVBS beantragt. Die Linienbestimmung werde voraussichtlich spätestens im I. Quartal 2011 erfolgen.

»Leider läßt diese Antwort erkennen«, bemerkt Johannes Madeja dazu, »daß der Bundesverkehrsminister gar nicht daran denkt, die bisherigen Planungen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen oder gar in Frage zu stellen. Es muß sehr starke Kräfte geben, die darauf beharren, daß die B 167 neu als Nordvariante gebaut wird.« Das entscheidende Argument gegen die nach wie vor falsch als »Ortsumgehung« bezeichnete Straße scheint die Tatsache zu sein, daß der Bundesfinanzminister dafür kein Geld hat. Die Antwort aus Berlin passe zu den Antworten des Landrats auf Madejas Fragen im Dezemberkreistag.

Nach neuen Prognosen gehen die Planer jetzt von einem geringfügig niedrigerem Verkehrsaufkommen aus. War bisher eine tägliche Verkehrsbelastung von 11.000 bis 16.000 Fahr-

zeugen angenommen worden, ist jetzt für den Zeithorizont bis 2025 von 11.000 bis 15.000 Fahrzeugen die Rede. Auch die Belastung durch Schwerlastverkehr wird niedriger eingeschätzt. War bisher ein Schwerlastanteil von 8 bis 12 Prozent eingeplant worden, wird nun von 9 Prozent gesprochen. Eine neue Beurteilung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses wurde seitens des Bundes nicht gefordert. Im Jahr 2005 war für den gesamten Streckenabschnitt von Finowfurt bis Bad Freienwalde ein Wert von 3,7 ermittelt worden.

Auf die Frage nach Überlegungen hinsichtlich der von Verkehrsexperten vorgeschlagenen direkten Anbindung des Fachmarktzentums in Finowfurt an die Autobahn südlich der derzeitigen Abfahrt antwortete der stellvertretende Landrat Carsten Bockhardt: »Die Untersuchungen im Rahmen des Raumordnungsverfahrens haben ergeben, daß die südliche Anbindung nicht mit den raumordnerischen Zielen des Landes vereinbar ist. Deshalb wurde die nördliche Ortsumfahrung als raumverträgliche Variante ausgewählt. Die Anbindung des Fachmarktzentums Finowfurt erfolgt demzufolge über den Knoten Finowfurt der B 167 neu.«

Die von Johannes Madeja formulierten Annahmen, daß eine solche direkte Anbindung kostengünstig mit vergleichsweise geringem Aufwand zu realisieren ist, daß sich dadurch die Fahrzeit von der Autobahn nach Eberswalde erheblich verkürzen würde und daß damit Finowfurt von der Überlastung durch den Schwerlastverkehr wirksam befreit werden würde, wischt Bockhardt beiseite. Da im Raumordnungsverfahren die »raumordnerische Unverträglichkeit dieser Anbindung« festgestellt worden sei, stelle sich diese Frage nicht.

48 Stunden sind das Maß

Auch wenn es kommunale Verwaltungen wie in Eberswalde gibt, die anderes behaupten, der europäische Gerichtshof hat auf Antrag eines Kollegen, mit Hilfe des ver.di Rechtsschutz rechtskräftig (höchste Instanz, danach kommt nichts mehr) und endgültig festgestellt, daß die Höchstarbeitszeit von 48 Std/Wo auch für Beamte gilt.

Eine Regelung mit bis zu 56 Std/Wo ist mit Zustimmung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber möglich. Voraussetzung ist ein Ausgleich der »Mehrarbeit«. 48 Std/Wo wurden als Höchstarbeitszeit festgelegt, um die Gesundheit der Beschäftigten nicht zu gefährden.

Wenn Arbeitgeber immer noch behaupten, dies trifft auf uns nicht zu, ist zu prüfen, ob es sich nicht um eine absichtliche Täuschung von Abgeordneten und Beschäftigten handelt. Mit Fürsorge gegenüber den Beschäftigten hat dies nichts zu tun.

Was das höchste europäische Gericht nicht entschieden hat, ist die Höhe des Ausgleiches. Hier sollen die deutschen Gesetze, Tarifverträge und Verordnungen angewandt werden. Ich gehe davon aus, daß alles, was über 48 Std/Wo gearbeitet wurde, voll ausgeglichen werden muß. Aufschläge für Mehrarbeit gehören dazu.

Ob die Kommunen später einen Schadensersatzanspruch gegen ihr Land haben, ist für die Beamten und Beschäftigten nachrangig. Um diesen Punkt kümmern sich schon der Städte- und Gemeindebund Brandenburg, sowie der Arbeitgeberverband Brandenburg.

Ich rate allen Betroffenen, Ansprüche geltend zu machen. Da Verjährungsfristen noch nicht endgültig geklärt sind, sollte alles, was ab dem 01.12.2006, über 48 Std/Wo hinaus ging, fest gehalten werden.

DIETER KORTE,
ver.di-Fachgruppensekretär Feuerwehr

Danksagung

Allen MitarbeiterInnen der Barnimer Busgesellschaft, der Polizei, der Feuerwehren, der Rettungsdienste, der stationären und ambulanten Pflegedienste sowie der kommunalen und privaten Winterdienste einschließlich den Entsorgungsunternehmen sei ein ganz herzliches Dankeschön gesagt für ihre hohe Einsatzbereitschaft unter den teilweise sehr komplizierten Witterungsbedingungen der vergangenen Wochen. Trotz nachvollziehbarer Kritiken zu Obus- und Zugverspätungen, nicht zeitnah geräumten Straßen, Gehwegen und Plätzen und ähnlichem konnte ich mich mehrfach in persönlichen Gesprächen und Begegnungen im Ortsteil davon überzeugen, daß die meisten MitarbeiterInnen z.T. unter Zurückstellung persönlicher und familiärer Verpflichtungen oft bis an ihre physische Leistungsgrenze gingen, um das Schneechaos zu beherrschen, das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten und die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher Brdb.Viertel

Protest gegen Freileitung

Wir nehmen die Überreichung der Urkunde mit der Anerkennung der Stadt Angermünde zum staatlich anerkannten Erholungsort durch den Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg Ralf Christoffers zum Anlaß, auf die von 50 Hertz Transmission GmbH geplante 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen und die Gefahren für die Entwicklung unserer Region, die von diesem Projekt ausgehen, hinzuweisen. Wir fragen, weshalb das Wirtschaftsministerium die Vorzüge der Stadt Angermünde als staatlich anerkannten Erholungsort urkundlich beglaubigt, aber gleichzeitig nichts zum Schutz der Region und der Stadt vor den negativen Konsequenzen der geplanten 380-kV-Freileitung unternimmt.



Während der Auslegungsfrist im Planfeststellungsverfahren haben 1.233 Einwohner von ihren Beteiligungsrechten Gebrauch gemacht und ihre Einwendungen gegen die Freileitungsplanung eingereicht. 70 Träger öffentlicher Belange, Städte und Gemeinden, Landkreise und Ämter, Natur- und Landschaftsschutzverbände haben gestützt auf vier Gutachten von hochkarätigen Experten (Prof. Jarass, Dr. Oberfeld, Dr. Henne, Dr. Flade) ihre Ablehnung der geplanten Freileitung in ausführlichen Stellungnahmen begründet.

Durch die geplante 380-kV-Freileitung wird das Landschaftsbild zerstört, werden die in den betroffenen drei großen Schutzgebieten und 24 tangierten Naturschutzgebieten wertvollen Vogelbestände gefährdet. Von den elektrischen und magnetischen Feldern der Freileitung gehen Gefahren für die Gesundheit der Anwohner aus. Die Freileitung gefährdet aber auch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region, für die der naturnahe Tourismus ein wichtiges Standbein ist.

Wir appellieren eindringlich an den Wirtschaftsminister, dessen Ministerium die Genehmigungsbehörde unterstellt ist, dafür zu sorgen, daß diese Freileitung nicht realisiert wird, weil die Notwendigkeit dieser Leitung in den Planungsunterlagen nicht nachgewiesen wurde, die Umweltverträglichkeitsprüfung negativ ausfallen muß und der Nachweis der Wirtschaftlichkeit nicht erbracht wurde.

Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung durchs »Reservat« und Wohngebiete!

G. HEMME, Sprecher der BI und Vorsitzender des WIB e.V.

Oderberger Grundstücksdeal

Landrat Ihrke schont den Kreishaushalt und treibt Oderberg in den Ruin

Das Thema Rathaus Oderberg entwickelt sich zur unendlichen Geschichte. Weil die Oderberger Stadtverordneten nicht so wollten wie der Landkreis, versuchte die Kommunalaufsicht die Versteigerung des Oderberges Rathauses durch die KGW Kommunale Grundstücks- und Wohnbautengesellschaft per Anordnung zu erzwingen. Jenem Rathauses, das 1999 für zwei Millionen DM von der Stadt Oderberg an die KGW verkauft worden war, bei gleichzeitiger Übernahme einer Ausfallbürgschaft für den Kredit, den die KGW zum Kauf aufnehmen mußte. Mit dieser unzulässigen Umgehungs-konstruktion erhielt die Stadt Oderberg für den Rathausverkauf 2 Millionen DM, mit denen sie die Schulden aus der Kreisumlage bezahlte (vgl. BBP 1/2009).

Zehn Jahre später hat das Rathaus laut Gutachten einen Wert von einem Euro und es findet sich kein Käufer. Um dennoch eine Versteigerung zu erzwingen, erließ die Kommunalaufsicht des Landkreises eine Anordnung. Darin wird festgestellt, daß der Haushaltsplan 2010 der Stadt Oderberg nicht ausgeglichen ist, so wie schon permanent seit 2003. Der Haushaltsausgleich wird innerhalb des Finanzzeitraumes nicht wieder erreicht, die vorgelegten Haushaltskonzepte waren nicht genehmigungsfähig. Dennoch erteilte die Kommunalaufsicht dem Haushaltssicherungskonzept für 2010 die Genehmigung. Weil die Stadt ihren Konsolidierungswillen nachgewiesen habe und – weil sie sonst für die dringend notwendigen Hangsanierungsmaßnahmen keinen Kredit hätte aufnehmen könne.

»Durfte die Stadt Oderberg«, fragte ich im Novemberkreistag Landrat Ihrke, »Kredite aufnehmen, wenn ihre Haushalte seit 2003 unausgeglichen waren und auch im Finanzzeitraum weiter unausgeglichen sein werden sowie die Haushaltssicherungskonzepte nicht zustimmungsfähig waren? Durfte die Kommunalaufsicht im Jahre 2010 das eigentlich nicht zustimmungsfähige Haushaltssicherungskonzept der Stadt Oderberg 'ausnahmsweise' genehmigen, um eine Kreditaufnahme zu ermöglichen, die in solchen Fällen gerade ausgeschlossen sein sollte, weil die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht gegeben ist? (§ 85, Abs. 2 KomVerf.) Und schließlich: »Mußten für die Belastung der Stadt Oderberg durch Naturereignisse (Hangrutschungen), die die Stadt nicht verschuldet hatte, nicht gerade andere Finanzierungslösungen gefunden werden, als dafür einen Kredit aufzunehmen?«

An Stelle von Landrat Ihrke antwortete der Dezernent für Öffentliche Ordnung, Bildung und Finanzen Dr. Mocek. Inzwischen habe die Gesellschafterversammlung der KGW (Kommunale Grundstücks- und Wohnbautengesellschaft der Gemeinden des Amtes Oderberg mbH) einen Beschluß über die Veräußerung des Rathauses Oderberg gefaßt. Es gebe einen Kaufinteressenten. »Derzeit wird der notarielle Grundstückskaufvertrag vorbereitet. Ich gehe daher davon aus, daß die Grundstücke nicht versteigert werden müssen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob der Grundstückskaufvertrag auch tatsächlich zustande kommt.« Dr. Mocek stellte heraus, »daß die Versteigerung der Grundstücke, auf denen sich das Rathaus Oderberg befindet, und die in diesem Zusammenhang ergangenen kommunalauf-

sichtlichen Verfügungen mit der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Oderberg für das Haushaltsjahr 2010 und des Gesamtbetrages der Kreditaufnahmen in keinem Zusammenhang stehen.«

Diese Feststellung war Dr. Mocek offensichtlich sehr wichtig. Und doch gibt es einen Zusammenhang, nämlich den, daß im Zusammenhang mit dem Verkauf des Rathauses 1999 von der Stadt Oderberg an die KGW ein rechtswidriger Kommunalkredit von der Kommunalaufsicht genehmigt wurde und nun erneut von der Kommunalaufsicht die Aufnahme eines Kommunalkredits durch die Stadt Oderberg genehmigt wurde. In den Antworten wird die kommunalaufsichtlich erteilten Genehmigungen für das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Oderberg und für eine weitere Kreditaufnahme als zulässige Ausnahmeentscheidungen dargestellt, die mit dem Ministerium abgestimmt sind. Bei der Hangsanierung handele es sich um eine unabwiesbare Pflichtaufgabe der Stadt Oderberg, für die es keine anderen Finanzierungslösungen gebe. Es bleibt abzuwarten, ob diese Position einer kommunalrechtlichen Prüfung standhält.

Inzwischen ist das Rathaus Oderberg für einen Euro versteigert worden. Es erweist sich somit im Nachhinein als zutreffend, daß die Kommunalaufsicht 1999 ein Geschäft genehmigt hat, das die Stadt Oderberg als Gesellschafterin der KGW weiterhin mit einer Ausfallbürgschaft belastet, deren Gegenwert, nämlich das Rathaus Oderberg für nur einen symbolischen Euro verkauft werden mußte. Die Kommunalaufsicht hat hier zum Nachteil einer Kommune entschieden, während zeitgleich aus dem Erlös des Geschäftes die dem Landkreis geschuldete Kreisumlage bezahlt wurde.

Für die Kreistagsitzung am 24. November ergaben sich folgende Nachfragen:

»1. Hat die Stadt Oderberg bei der Kommunalaufsicht die Genehmigung eines Kredites für die Finanzierung der Abwehr weiterer Hangrutschungen beantragt. 2. Wenn ja, hat die Kommunalaufsicht einen solchen Kredit genehmigt, bzw. wird sie ihn genehmigen? 3. Hat die Stadt Oderberg eventuell bereits einen Kreditvertrag abgeschlossen? 4. Halten Sie, Herr Ihrke, es nicht für besser, der Stadt Oderberg die Kosten für die Hangsanierung abzunehmen und die Finanzierung aus kreislichen Mitteln zu sichern?«

ALBRECHT TRILLER, Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Transparenz in kommunalen Unternehmen:

Ein neuer Versuch

Eberswalde (bbp). Mit dem Thema *»Transparenz in kommunalen Unternehmen«* tun sich die Eberswalder Stadtverordneten schwer. Im Januar müssen sie sich auf Antrag der Fraktion der Fraktionslosen erneut damit auseinandersetzen. Für die Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 27. Januar hat die Fraktion eine Satzungsänderungen für die in städtischem Besitz befindlichen Gesellschaften beantragt. Demnach soll die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder künftig nur noch für solche Tagesordnungspunkte gelten, *»die zum Wohl des jeweiligen städtischen Unternehmens zwingend der Verschwiegenheit bedürfen«*. Den Medien sollen alle nicht geheimen Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratssitzungen einschließlich des Sitzungstermins bereits vor der jeweiligen Aufsichtsratssitzung mitgeteilt werden.

Bereits am 11. Februar 2005 hatte die damalige Fraktion BKB/Freie Wähler eine Sondersitzung der StVV zum Thema *»Kommunale Unternehmen der Stadt Eberswalde und deren Verhältnis zu den Bürgern«* beantragt. Den Anstoß für diese Initiative gab ein Urteil des Regensburger Verwaltungsgerichtes zur Zulassung eines von der ödp initiierten Bürgerbegehrens *»Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik«*. Zur Sondersitzung am 8. März 2005 hatte die Fraktion 5 Vorlagen eingereicht, mittels derer Transparenz und Bürgerbeteiligung für die Unternehmen der Stadt Eberswalde verbessert werden sollten. Die erwartete Diskussion blieb aus. Auf Antrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Mix wurden die Anträge zur weiteren Diskussion an den Hauptausschuß verwiesen. Dieser wartete erst eine *»rechtliche Würdigung«* durch die Stadtverwaltung ab und behandelte das Thema erst ein halbes Jahr später am 8. September 2005. Wegen der zu erwartenden Ablehnung zog die Fraktion auf der StVV-Sitzung am 22. September 2005 ihre Vorlagen zurück.

In der Zwischenzeit hatten die Hauptausschußmitglieder am 12. Mai 2005 in ihrer Funktion als Gesellschafterversammlung der Technischen Werke Eberswalde (TWE) in aller Stille und Geheimhaltung und vor allem Schnelle unter Verzicht auf Frist und Form den Verkauf der verbliebenen Anteile an den Eberswalder Stadtwerken veranlaßt. Der Preis von 16,8 Millionen Euro war von den Vertretern der städtischen Verwaltung frei Hand ausgehandelt worden. Den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung (=Hauptausschuß) lagen vor der Sitzung keinerlei Unterlagen für den Anteilsverkauf vor. Es gab keine objektiven Preisermittlungsgrundlagen und kein Bieterverfahren. Einen gemäß Gemeindeordnung erforderlichen Beschluß der StVV gab es ebenfalls nicht. Trotzdem wurde der Verkauf beschlossen.

Einen Monat später, am 9. Juni 2005, beschloss die gleichen Personen – nun in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Hauptausschusses – einen Vorlagenentwurf, der den Verkauf der Anteile zum Inhalt hatte. Die Stadtverordneten stimmten am 16. Juni 2005 unter Ausschluß der Öffentlichkeit bei nur 12 Gegenstimmen mehrheitlich zu (BBP 7/2005).

Gegen den Beschluß der StVV zum Anteilsverkauf wurde wegen der nichtöffentlichen Sitzung Widerspruch eingelegt. Die Kommunalaufsicht gab dem Widerspruch Recht, hielt aber die Behandlung in der StVV für entbehrlich, da der Beschluß der Gesellschafterversammlung zwar rechtswidrig, aber dennoch rechtswirksam gefaßt und der Verkauf inzwischen notariell abgeschlossen worden sei.

Ein Resultat der mangelnden Transparenz war der ein Jahr später aufgedeckte Spendenskandal, der schließlich zur Abwahl von Bürgermeister Reinhard Schulz führte. Mit der anschließenden Bürgermeisterneuwahl verband sich die Hoffnung vieler Eberswalder nach mehr Transparenz und Bürgernähe in die städtischen Angelegenheiten. Heute wird der damalige Verkauf der Stadtwerkeanteile auch von vielen Stadtverordneten als Fehler gewertet. Inzwischen wird sogar über eine Neugründung von Stadtwerken nachgedacht.

Nachdem der Verwaltungsgerichtshof München am 8. Mai 2006 die Revision gegen den Spruch in Sachen Bürgerbegehren *»Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik«* abgewiesen hatte, beschloß der Stadtrat Passau in einer Sondersitzung einstimmig den Transparenzantrag zur Einschränkung der Geheimhaltungspflicht in kommunalen GmbHs. Für die Fraktion Allianz Freier Wähler war das Anlaß, auch in Eberswalde erneut das Transparenz-Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Um die rechtlichen Bedenken zu minimieren, hatte die Fraktion in ihrem Beschlußvorschlag für die StVV am 21. September 2006 den Passauer Text übernommen. Entschieden wurde über den Antrag erst am 30. November 2006. Wiederum ohne Diskussion und wiederum mit mehrheitlicher Ablehnung (BBP 12/2006).

Einen weiteren Versuch in Sachen Transparenz unternahm dann die SPD-Fraktion zur StVV am 22. Februar 2007. Die Stadtverwaltung sollte zunächst durch die Kommunalaufsicht prüfen lassen, ob die Kommunalgesetzgebung des Landes Brandenburg einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil von Aufsichtsratssitzungen städtischer GmbHs zulasse und dann einen entsprechenden Beschlußentwurf zur Änderung der Gesellschafterverträge der städtischen Gesellschaften vorgehen. *»Die Geheimhaltungspflicht der Aufsichts-*

ratsmitglieder«, heißt es weiter in dem SPD-Vorschlag, *»beschränkt sich auf den Teil, in dem nichtöffentliche Themen beraten werden«*. Geschäftsführer und Aufsichtsratsvorsitzende sollten in Absprache über die Öffentlichkeit entscheiden. *»Den Medien sind alle Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Aufsichtsratssitzungen unter Angabe des Beratungsdatums mitzuteilen.«* In der Diskussion wurde die SPD-Vorlage auf den Prüfauftrag reduziert und nur dieser angenommen. Mitte Juni 2007 antwortete die kreisliche Kommunalaufsicht auf die Frage, ob Aufsichtsräte öffentlich tagen dürften, daß dies *»rechtswidrig«* sei (BBP 7/2007).

Mit den Kommunalwahlen 2008 hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den Wahlträgern in der StVV verändert. Im Jahr 2009 hatten die Bündnisgrünen das Transparenz-Thema in den Bundestag gebracht. In GmbH-Gesetz und Aktiengesetz sollte, so der Vorschlag, der Grundsatz der Öffentlichkeit von Aufsichtsratssitzungen kommunaler Gesellschaften aufgenommen werden (Drucksache 16/11826). Zwar gab es auch im Bundestag seitens der Koalitionsmehrheit eine Ablehnung, doch würde die Vorlage in der StVV eine Mehrheit erreichen können, wenn die Stadtverordneten die Position ihrer jeweiligen Bundestagskollegen übernehmen würden. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben dafür gestimmt, die FDP hat sich enthalten (jedoch mit der Betonung, daß *»das Grundanliegen von der FDP seit langem befürwortet wird«*).

Weitere Veranlassung für den erneuten Transparenz-Antrag ist für die Fraktion Die Fraktionslosen die Ablehnung ihres Vorschlags zu veränderten Regelungen zur Besetzung der Aufsichtsratsvorsitze in den Kommunalen Gesellschaften. Mit der neuen Brandenburger Kommunalverfassung fungiert der Bürgermeister als alleiniger Gesellschafter der GmbHs in hundertprozentigem Städteigentum, bei der WHG ist er aber zugleich auch noch Aufsichtsratsvorsitzender. In dieser Doppelfunktion besitzt der Bürgermeister einerseits umfassende Befugnisse und andererseits werde der demokratische Faktor geschwächt. Nachdem eine Änderung des Verfahrens zur Bestimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden abgelehnt wurde, ergibt sich der Bedarf, durch Entscheidungen zur Transparenz in Kommunalen Unternehmen die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern und die Rolle der Stadtverordneten zu stärken.

Die Vorlage der Fraktion Die Fraktionslosen beschränkt sich auf zwei Punkte:

1. die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder künftig nur noch für solche Tagesordnungspunkte gilt, die zum Wohl des jeweiligen städtischen Unternehmens zwingend der Verschwiegenheit bedürfen,
2. den Medien alle Tagesordnungspunkte, die nach Absatz 1 nicht länger der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, bereits vor der jeweiligen Aufsichtsratssitzung unter Angabe des Beratungsdatums mitgeteilt werden.

Im Gegensatz zur Kanzlerin hat der Bundesverteidigungsminister offensichtlich einen Imageberater, der sein Gewerbe versteht. Er hat nicht nur ein paar noble Herrenmodemagazine studiert, bevor er an die Installation des Typus »lockerer Freiherr« ging. Sondern auch rekonstruiert, wie das seinerzeit mit den Kennedys lief, die arbeitsteilig auf Sympathisantenfänger zogen. Schließlich dürfte er, im Dienst der Sache, sich den alten Kampfgesang der Arbeiter hergenommen und an einer Stelle ein bißchen korrigiert haben, um bundes- und europaweit den Eindruck zu erwecken: »Mit ihm zieht ein neuer Geist«. Die letzte Großtat des Herrenausstatters wurzelte in dem Einfall, den Krieg weit hinten, wo der Moslem partout nicht kuschen will, dadurch hinnehmbarer zu machen, daß man ihn »showmäßig« aufpeppt. Also gewissermaßen die Schnulzengucker mit ins Boot, mit in den Panzer holt.

Also den Plapperhans Kerner eingeladen, ein paar Pressefritzen einer bestimmten Spezies heranzitiert – und, vorher in ihrem Woolrich-Parka und ihre Uggs-Boots gesteckt, auch die eigene Frei-Frau mitgenommen – Theo, wir fahren nach ... Afghanistan. In den Krieg. Für anderthalb Tage. Steffie, sich an Biedenkopf, Frau Süßmuth, an die vorletzte Gesundheitsministerin, an Lothar Späth und die Flugmeilenbonusaffäre des derzeitigen Grünenchefs erinnernd, ließ anstandshalber verkünden, daß

UNESCO-Status verpflichtet

Ministerpräsident Matthias Platzeck hat das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin als Modellregion für eine nachhaltige Entwicklung gewürdigt. Anlässlich des 20. Jahrestages der Anerkennung des Reservats als UNESCO-Schutzgebiet am 17. Dezember erklärte Platzeck, mit zahlreichen innovativen Projekten werde das rund 130 Quadratkilometer große Gebiet seiner Vorreiterrolle gerecht. »Maßgeblich dafür ist, daß das Biosphärenreservat viele Partner und Verbündete gewonnen hat: Bürger und Unternehmen aus der Region engagieren sich ebenso wie Wissenschaftler und Politiker.« So tragen bereits 89 Unternehmen der Region das Prüfzeichen Schorfheide-Chorin, das regional, naturverträglich und nachhaltig hergestellte Produkte und Dienstleistungen kennzeichnet. Platzeck lobte das konsequente Engagement für die biologische Vielfalt. Mit seinem Antrag auf Aufnahme des Buchenwaldes Grumsin in das UNESCO-Weltnaturerbe habe sich das Biosphärenreservat in seinem 20. Jahr ein neues anspruchsvolles Ziel gestellt. Platzeck resümierte: »Das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin hat einen unschätzbaren Beitrag zur Bewahrung unseres Naturerbes und zur Entwicklung des Gesamtsystems der Großschutzgebiete in Brandenburg geleistet. Zugleich zeigen die Menschen vor Ort, daß es möglich ist, Naturschutz und regionale Entwicklung sinnvoll miteinander zu verbinden.«

GABRIELE JORDAN

Vom Himmel hoch...

von Dr. Steffen Peltsch

Mehr als 80 % der Deutschen lehnen den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch ab. Um die 60 % der deutschen Fernsehzuschauer bevorzugen sogenannte Unterhaltungssendungen mit Dieter Bohlen oder Cindy von Marzahn an der Spitze.

sie ihre Tickets für den Promibomber aus eigener Tasche bezahlt habe. Bei einer halben Milliarde Familienvermögen war das sicher kein allzu großes Opfer.

Im Umfeld der Begleitdienstreportagen strahlte einer der öffentlich-rechtlichen Sender einen Beitrag aus, der Vater und Mutter zwar weinend, aber dennoch in unverbrüchlichem Stolz auf Sohn Mike zeigte, den ein tüchtiger Engel vor Mißgeschick im Kampf gegen die Taliban bewahren möge. Ein Freund, FDP-Mitglied kurz vor dem Austritt, war dabei, als wir das sahen. »Hätten sie ihrem Mike die Löffel langezogen, als er sich melden wollte, müßten sie jetzt nicht flennen...« Böse gesagt, doch wahr gesprochen.

Und, Donnerwetter – Welch ein Zufall – gleich danach erschien frisch vom Himmel heruntergelandet, halb Barbie-Püppchen, halb goldbehaarte Gottesbotin, das leibhaftige Christkind, dargestellt von Stephanie zu Guttenberg. Selten hat die Tagesschau so kitschig eröffnet. Und selten war eine Absicht so durchschaubar. Sehet, sehet und fürchtet euch nicht, sie ist bei euch. Und sie ist auch bei Mike!

Die aufdringliche Selbstdarstellung und -vermarktung des famosen Pärchens hat mit der peinlichen Frontbetreuungsaktion einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht, und im Grunde wird die Truppe als Staffage und Kulisse mißbraucht. Freilich, die Statisten im Schauspiel kapierten das leider kaum. Ein Feldweibel gab zu wissen, daß nun endlich dem Einsatz der Armee mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde; ein Stabs-Uffz. verlangte mehr »Besuche dieser Art, auch ruhig mal Gottschalk oder sonne Leute...« Indirekt hatte er den Sinn der Sache, der ein Blödsinn ist, sogar durchschaut. Es geht um Schminke, um Humbahumbatäterä, um die Schönung eines Bildes, von dem die Lackgrundierung längst abgeblättert ist. Und Karl-Theodor und seiner Frau geht es so ganz nebenbei darum, die allerersten Geigen im Lande zu spielen, dann, wenn uns Angela irgendeinen Konzern »beraten« wird.

Je mehr sich der Focus der Medien auf den schönen Schein richtet – BILD verzichtete sogar auf das obligatorische Nacktfoto auf der Titelseite, um Platz für ein längliches Konterfei der künftigen Miß Kanzlerin und die Losung »Wir finden sie GUTT« zu haben –, desto weniger nehmen die Leute im Lande zur Kenntnis, was hinter den Fassaden geschieht oder eben auch nicht. Zwar hat der kecke Freiherr die unglaubliche Kühnheit besessen, den Krieg Krieg zu nennen, was andere wegen »Versicherungsfragen« vermieden, denn der Bund muß mehr für die Opfer eines »richtigen« Kriegs als für die

eines »Kampfeinsatzes«, einer »militärischen Operation« oder einer »friedensstiftenden Maßnahme« berappen. Aber nach wie vor, Mike hin und Mike her, glaubt der Minister an den »Sinn unseres Kampfes« und die »Notwendigkeit unserer Mission«. Im Gegensatz zu einigen seiner Truppenführer und der Mehrheit der Afghanen.

Macht nichts, er sieht ja so blendend aus. Und wie er lächelt! Und hat nicht sein Frauenzimmerchen dabei mitgewirkt, Lustknaben, die sich an junge Mädchen herantasten wollten per Laptop, in flagranti zu erwischen? War das nicht toll, ist das nicht edel? Aber gewiß doch. Hätten die schwärmenden Naiven eine Stunde länger beim gleichen Sender verbracht, hätten sich ihnen sehr junge Frauen onanierend, ihre Brüste knetend, spreizbeinig und stöhnend samt Telefonnummer gezeigt. Wer will da die Kampagne gegen Schmutz und Pornografie, die die hochmoralische Stephanie betreibt, für bare Münze nehmen?

Die Bildzeitung, die eine krankhafte Neigung hat, UNS zu schreiben oder WIR und somit suggeriert wir alle seien dem Afterblatt hörig, bot eine gewisse Marion Horn auf für die weitere Verklärung derer von und zu. Überschrift: »Mit uns Deutschen stimmt was nicht«. Genörgel, Gezeter, mißgünstige Kommentare, unschöne Unterstellungen und neidische Seitenhiebe habe der Adventsausflug des Promipaars ausgelöst. So kann man Kritik und Bedenken natürlich auch nennen, wenn man sich nicht fein genug ist, für die Krampfpresse zu schreiben. Nach der Breitseite gegen alle, die nicht pro Karl-Theo sind, folgt das große Hohelied. Er, also der Gutti, sei einer, der »effektiv und charmant einen verdammt guten Job macht«; sie, also die Steffi, sei »das Gegenteil von einem Anhängsel« (?) und »wäre und ist auch ohne ihn 'eine große Nummer'«. Und nun der Text zum Duo: »...sind beide hochattraktiv. Wohlhabend. Adelig. Und einfach unfassbar sympathisch.«

Ich lese kein Wort über Politik, über Inhalte oder Substanz. Hier wird eine verbale Versilberung im Stil einer Bildbeschreibung – nach Art der BILD – zelebriert, die rundweg widerlich ist. Der heiße Brei, um den die Jubeltante einen großen Bogen macht, heißt Krieg, der uns aus dem Bewußtsein genommen werden soll durch solche Verklärungen. Wer traut denn einem und einer, die hochattraktiv, wohlhabend und gar noch von Adel sind, was anderes als Milde, Güte und Sanftheit zu?

Mag sein, daß mit mir was nicht stimmt. Aber jemanden, der sich ausgerechnet vom untersten (Presse-)Organ des Landes unwidersprochen so feiern läßt, dem traue ich schon einiges zu.

Schweyk und der falsche Taliban

Über die erfolgreichen Gespräche mit dem falschen Taliban

»Das wundert mich gar nicht, daß auch Sie sich köstlich über die Meldung amüsieren, das amerikanische Oberkommando in Afghanistan sei bei den geheimen Friedensgesprächen mit den Taliban auf einen Hochstapler reingefallen, einen pakistanischen Ladenbesitzer oder afghanischen Turbanverkäufer, so genau weiß es auch die New York Times nicht, mit wem wir es da zu tun hatten, der sich als der mächtige Talibanführer Mullah Akhtar Mohammed Mansour ausgegeben und nachdem er einige hunderttausend Dollar kassiert hatte, einfach aus dem Staub gemacht hat. Das finden Sie köstlich, einfach zum Schießen, wo es um ernsthafte Friedensgespräche geht, damit endlich Schluß ist mit der Schießerei und man wieder den politischen und anderen Geschäften nachgehen kann?!«

»Aber Herr Schweyk, ich bitte Sie!«, empört sich die taz-Redakteurin, »ich hab gar nicht gewußt, daß Sie so humorlos sind, das ist doch die perfekte Verwechslungskomödie, das könnte Stoff für einen Film von Ernst Lubitsch sein, das ist nun wirklich zum Totlachen, wenn man liest, daß die Leute vom MI6 und die CIA, die 'Intelligenz-Agentur', nicht einmal in der Lage sind, eine einfache Identitätsüberprüfung vorzunehmen, wo sie sich seit mehr als 10 Jahren in Afghanistan tummeln. Ja vielleicht nicht einmal einen gefälschten Ausweis als solchen erkennen, wo sie selbst doch ständig solche Papiere fälschen und dieses Handwerk eigentlich perfekt beherrschen müßten. Herr Schweyk, da versteh ich ihr Mitleid mit den Diensten überhaupt nicht. Erinnern Sie sich doch bitte an ihren Hundehandel in Prag, wenn Ihnen da einer einen gefälschten Abstammungsnachweis von einem Terriermischling vorgelegt hat, das haben Sie doch gleich erkannt und die Geschäftsbeziehungen sofort abgebrochen, das war doch selbstverständlich in Ihrem Metier.«

»Gnädige Frau, ich bitte Sie, lassens mich und meinen Handel aus dem Spiel, das ist lang her und hier in Berlin wär das eine sehr zweifelhafte Geschäftsidee. Ich hab auch schon lang nichts mehr verkauft.« Mit diesen Worten faltet Schweyk beiläufig die Seite mit dem Tiermarkt, die er vorher aus der Berliner Zeitung herausgerissen hatte, zusammen und läßt sie dezent in seiner Jackentasche verschwinden.

»Sie glauben aber auch alles, was in der Zeitung steht, Gnädigste. Sie sind genauso naiv und vom Wunschenken gesteuert, wie es ein hochrangiger afghanischer Regierungsvertreter unseren Diensten in Afghanistan nachsagt. Sie sehen nur die komische, die vermutlich skandalöse Seite des Vorgangs; der politische Kern der Sache, das politisch Modellhafte dieses Deals, bleibt Ihnen aber verschlossen.

Kurz, während Sie von einer Pleite des Oberkommandos in Afghanistan sprechen, sehe ich, weil ich die vertrackte Situation in Afghanistan genau vor Augen habe, die Sache rundum positiv.

Die Offerte, mit den Taliban über den Frieden zu sprechen, war ja auch bei uns heiß umstritten.

Da gab es viele, die davor warnten, die Taliban aufzuwerten und nicht wenige meinten, daß Gespräche mit dem Feind als Verrat bezeichnet werden müßten. Überwinden Sie einmal solche Vorbehalte! Heute spricht keiner mehr davon, alle amüsieren sich. Allein das ist ein Erfolg.

Andererseits haben die Taliban erklärt, daß sie nicht an Gesprächen interessiert seien, daß die fremden Truppen erst das Land verlassen müßten, bevor man überhaupt ins Gespräch kommen könne. Das war für Washington natürlich nicht akzeptabel, denn weshalb sollte man nach einem Abzug überhaupt noch mit den Taliban reden und worüber? Das könnten auch Sie mir nicht sagen.

In einer Bürgerkriegssituation, das steht in jedem Handbuch zur Aufstandsbekämpfung, gilt es nicht nur Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, sondern vor allem Vertrauen aufzubauen. Man muß dem Gegner zeigen daß man ihn respektiert, ihn ernst nimmt. Das haben die USA mit ihrer shoot to kill policy getan, mit der sie im letzten Jahr den Druck auf die Taliban kontinuierlich erhöht und ihnen mit ihren Drohnen mächtig eingeheizt haben. Kaum hat einer von den Feldkommandeuren den Kopf aus seinem Versteck herausgestreckt, schon war er hin. Da haben die Taliban gemerkt, daß man sie ernst nimmt, daß man sie respektiert, aber auch von ihnen respektiert werden möchte.

So haben die Amerikaner den Boden für Friedensgespräche bereitet. Jetzt war es Zeit für einen geradezu modellhaften Politikwechsel – hieß es gestern noch shoot to kill, dann heißt es jetzt talk to pay. Das haben sie im Irak auch gemacht, damals, als Petraeus die sunnitischen Milizen auf- und ausgekauft hat. Das hat dort erheblich zur Beruhigung der Lage beigetragen. Talk to pay, man spricht miteinander und unterhält sich über den Preis, den der andere für den Frieden verlangt. – Nein, nein, das ist kein einseitiges Geschäft, wenn es auch so aussieht, weil Geld nur von unserer Seite aus fließt, aber es sind respektable Summen und wer sie von uns mit vollen Händen nimmt, nimmt sie voller

Respekt. Das ist die wichtigste Grundlage für einen dauerhaften Frieden, das Gefühl für den gegenseitigen Respekt! Gerade beim Araber spielt dieser Begriff in den zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Politik eine zentrale Rolle.

Sehen Sie, so war das auch jetzt, wo das US-Oberkommando in Afghanistan und der Karsai das Gespräch mit den Taliban gesucht haben. Wenn Sie ernsthaft an Friedensgesprächen interessiert sind, müssen Sie mit allen reden. Und diesen Grundsatz haben die Verantwortlichen beherzigt. Sie haben mit jedem, der mit ihnen über den Frieden reden wollte, geredet. Ja, auch mit einem Hochstapler. Warum nicht? Glauben Sie, Sie bekommen den Mullah Akhtar Mohammed Mansour einfach so an den Verhandlungstisch? Von jetzt auf gleich?! Weshalb sollte er kommen? Sie müssen erst sein Vertrauen gewinnen.

Wenn der Mann aber in der Zeitung – nicht in irgendeiner, sondern in der New York Times – liest, daß sein Doppelgänger mehrfach zu den Gesprächen von der NATO eingeflogen wurde und mehrere hunderttausend Dollar erhielt, damit sich die künftige Verhandlungsdelegation der Feldkommandanten neu einkleiden und herausputzen kann, dann wird der Mullah Mansour schon ins Grubeln kommen und sich fragen, weshalb nicht er an Stelle des Doppelgängers verhandelt und das Geld eingestrichen hat. Er, da ist er sich sicher, hätte die Gunst der Stunde besser genutzt und sich nicht mit ein paar hunderttausend Dollar abspesen lassen, er hätte da mehr herausgeholt aus der amerikanischen Kriegskasse und der Strategie des talk to pay. Aber jetzt weiß er, daß es das Oberkommando ernst meint, daß er Vertrauen haben kann und so kommen die Amerikaner dann doch noch zum Ziel. Das Unvorstellbare wird auf einmal möglich. Da sehen Sie, daß es gar keinen Grund gibt, sich über den Auftritt und die wohlwollende Behandlung des Hochstaplers zu amüsieren! Ich sage Ihnen, die Einfädlung von Friedensgesprächen in Afghanistan ist eine delikate Sache, auch da gilt, wer zu letzt lacht, lacht am besten.

Aber das wird sich ja zeigen, wer da lacht, am Freitag, nachm Krieg in Prag im Kelch.«

HARTMUT LINDNER

Weihnachtsmärchen in Bernauer Kita



Gerade hat der Nikolaus die Stiefel der Mädchen und Jungen mit Süßigkeiten, Äpfeln, Nüssen und Spielzeug und wie sich herausstellte auch hier und da mit einem Buch voll gepackt. Das freute die Bundstagsabgeordnete Dagmar Enkelmann ganz besonders, denn auch sie besuchte die Montessori-Kita in Bernau zum traditionellen Weihnachtslesen.

Aufmerksam lauschten die Kinder den Märchen, rätselten fleißig mit und spielten das Märchen vom Rotkäppchen. Gemeinsam wurden Weihnachtslieder gesungen.

Als besonderes Weihnachtsgeschenk überreichte Dagmar Enkelmann eine kleine Robbe zum Rumtoben – die sofort in Beschlag genommen wurde.

B. Mierau

4,1 Millionen Arbeitslose

Berlin (sast). Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, fehlen in der offiziellen Statistik. Seit Mai 2009 werden von privaten Arbeitsvermittlern Betreute nicht mehr als arbeitslos gezählt, auch er keine Arbeit hat. Für Dezember 2010 betraf die offizielle Arbeitslosigkeit 3.015.715 Personen. Tatsächlich sind aber viel mehr Menschen arbeitslos.

Nicht gezählte Arbeitslose: 1.121.902

Älter als 58, beziehen Alg II: circa 367.000

Älter als 58, beziehen Alg I (§ 428 SGB III): 247

Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 288.604

Berufliche Weiterbildung: 218.687

Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining): 655

Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte): 186.929

Beschäftigungszuschuß (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 25.739

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 1.828

Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 32.213

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit im Dezember 2010 betraf demnach 4.137.617 Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Dezember 2010, Seite 90. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls aufgeführten älteren Arbeitslosen, die gemäß § 53a Abs. 2 SGB II nicht als arbeitslos zählen, sind enthalten in der ersten Gruppe der Tabelle (Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II). Diese große Gruppe der älteren ALG II-Bezieher, die nicht als arbeitslos gelten, ist nicht im Monatsbericht ausgewiesen, sondern in einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit.

Den Staffelstab aufheben

Der Beitrag von Johannes Madeja »In Memoriam Eberhard Paul« (BBP 12/2010) ging mir sehr zu Herzen. Ich danke Herrn Madeja für seine wahren Aussagen über den Kampf von Eberhard Paul. Einen Kampf mit Todesfolge. Einen Kampf, der mit seinem traurigen Ergebnis die BRD als einen Verbrecherstaat bloßstellt und seine Vertreter, ob sie nun als Staatsanwalt, Richter oder Polizist fungieren, als gewissenlose Handlanger demaskiert.

Die von Herrn Madeja herangezogenen Vergleiche mit dem Mittelalter veranschaulichen das. Treffender wäre aus meiner Sicht der Vergleich mit der Zeit nach 1933. Dabei spreche ich aus eigener Erfahrung, bekämpfte ich doch selber schon seit 1995 mit Papier und Bleistift diesen »Rechtsstaat« BRD. Die »Barmimer Bürgerpost« hatte vor zwei Jahren darüber ausführlich berichtet. Dabei habe ich mit dem gleichen Typ von Staatsbeamten zu tun, deren kaltherziges Vorgehen Eberhard Paul das Leben gekostet hat. Ich hebe den Staffelstab gerne mit auf! Mein Überlebenswille ist mein Haß gegen diesen Drecksstaat.

K.H. BLÄTTERMANN

Höhere Preise und Gebühren:

Müssen wir alles schlucken?

Benzin wird teurer, weil angeblich das Öl teurer ist oder war oder sein wird. Gas wird teurer, weil der Gaspreis ja an den Ölpreis gekoppelt ist. Strom wird teurer, wegen des Öls oder des Gases, Brot und Brötchen werden teurer wegen der Strom- und Gaskosten und natürlich auch wieder das Wasser. Und das waren nur ein paar Beispiele.

Viele stöhnen, schimpfen, meckern, aber fragen Sie mal Ihre Freunde oder Nachbarn, ob sie wissen, wieviel sie mehr bezahlen sollen. Wundern Sie sich nicht. Die meisten Menschen wissen das nicht, sie interessieren sich auch nicht so sehr dafür, schon gar nicht Empfänger von Sozialleistungen, denn die bezahlen das – abgesehen vom Brot – ja nicht selbst, sondern das Sozialamt oder das Job-Center. Wer alles mit sauer erarbeitetem Geld selbst zahlen muß, der empfindet das als ungerecht. Wenn man eine Leistung in Anspruch nehmen will, dann muß man dafür bezahlen. Nichts ist normaler!

Wenn Gebühr oder Preis der Leistung angemessen ist, dann zahlt jeder ohne murren. Wer nicht zahlen will oder kann, der muß auf die Leistung verzichten. Jetzt wird es interessant! Es werden uns oft Leistungen aufgezwungen, die wir gar nicht haben wollen und auch nicht brauchen. Der Klassiker sind hier die vollständig überflüssigen zusätzlichen Messungen der Schornsteinfeger in Abgaskanälen. Selbst wenn wir die Leistung konsequent ablehnen, auch den Schornsteinfeger, zahlen müssen wir trotzdem, obwohl es im BImSchG ganz anders steht.

Zahlen sollen wir selbst dann, wenn wir nachweislich keine Leistung in Anspruch nehmen – allein für die »Möglichkeit der Inanspruchnahme«. So ist das bei Gas und Strom – die Grundgebühr wird immer fällig, auch wenn Sie keinen m³ Gas und keine kWh Strom verbraucht haben. Das ist ungefähr so logisch wie die Forderung des Bäckers in Ihrer Straße nach einer Grundgebühr, selbst wenn Sie bei ihm nicht kaufen – allein dafür, daß Sie ja kaufen können. Wir haben uns an die Grundgebühren gewöhnt und haben meistens noch nicht einmal gemerkt, daß die mit Gerechtigkeit oder gar Nachhaltigkeit – ein echtes Modewort – gar nichts zu tun haben und manchmal ganz extrem widersinnig und ungerecht sind.

Sehr deutlich wird das am Beispiel des Abwassers. Im Jahr 2009 hat der ZWA Eberswalde die Grundgebühr für abflußlose Gruben neu erfunden und eingeführt, obwohl er vor 10 Jahren damit schon einmal vor Gericht scheiterte. Die Einführung erfolgte im Rahmen der Verabschiedung einer sog. neuen Gebührenstruktur. Das klang natürlich besser als Gebührenerhöhung. Die Betreiber abflußloser Gruben wollten das nicht widerspruchslos hinnehmen und sind aktiv geworden. Trotzdem ist die Gebühr geblieben, allerdings etwas reduziert. Sie beträgt jetzt »nur« 120 Euro pro Grube und Jahr statt kalkulierter 168 Euro/a.

Apropos kalkuliert: wie das? Diese Gruben

gehören nicht dem ZWA, er betreibt sie nicht und wartet sie nicht. Er muß sie nur entleeren, wenn er einen Auftrag dazu erhält. Man muß ihn aber nicht beauftragen sondern ist frei in der Wahl seines Abfuhrunternehmers. Bei dem muß man auch nur die wirklich abgefahrene Menge bezahlen, allerdings mit Mehrwertsteuer. Mit dem Versuch, diese freie Wahl abzuschaffen, ist der ZWA vor Gericht gescheitert.

Um den »Verlust« auszugleichen hält sich der ZWA nun durch Erhöhung der Mengengebühr schadlos, von 6,30 Euro/m³ auf 7,80 Euro/m³ – satte 24% – und er hat es noch nicht einmal nötig, die Angemessenheit nachzuweisen. So schamlos zugelangt hat bisher noch keiner der allmächtigen Energiekonzerne.

Wie wirkt sich das nun praktisch aus? Bei Gas und Strom können wir es in der Zeitung lesen, trotzdem empfehle ich jedem, selbst nachzurechnen. Beim Wasser scheint die Berechnung etwas komplizierter zu sein. Das können die Redakteure wohl nicht (Mathe abgewählt!?) Deshalb hier drei Beispiele für Betreiber abflußloser Sammelgruben.

Bei einer Entnahme von 50 m³, das entspricht etwa dem jährlichen Bedarf eines kinderlosen Ehepaars, werden vom ZWA 510 Euro gefordert, bisher 493 Euro. Das sind 10 Euro/m³ nur für Abwasser. Für 100 m³ Wasser, dem Bedarf einer vierköpfigen Familie, werden 900 Euro gefordert, bisher 818 Euro. Das sind 8,18 Euro/m³. Eine Familie mit einem Erholungsgrundstück, die beispielsweise 5 m³/a braucht – sie ist ja nur drei Monate im Jahr draußen – soll dafür 159 Euro bezahlen, das sind 32 Euro je Kubikmeter.

Hier darf ich an eine Aussage des vormaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg erinnern. Dr. Manfred Stolpe sagte – übrigens in Eberswalde: »10 DM (!) je Kubikmeter Wasser+Abwasser, das ist die Schmerzgrenze« und: »Beim Wasser ist in Brandenburg die Grenze zur Kriminalität überschritten«.

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß die BürgerInnen endlich aufwachen sollten um den Abzockern machtvoll und wirksam in die Arme zu fallen. Das macht allerdings Mühe und kostet Kraft.

Bisher scheint dazu jedoch der Schmerz noch nicht groß genug gewesen zu sein. Man läßt sich abspesen mit solchen Empfehlungen wie sparsam zu sein und/ oder den Anbieter zu wechseln. So lange sich der Widerstand darauf beschränkt ermutigen wir die Abzockerbanden so weiterzumachen wie bisher. Das wird dann ein erfolgreiches Jahr, nur nicht für uns, den Otto Normalverbraucher.

JOHANNES MADEJA

Illegale Baumfällungen bleiben unaufgeklärt

Eberswalde (bbp). Im Frühjahr 2010 hatte ein nicht genehmigter Kahlschlag in den Wäldern am Flugplatz Finow für Aufsehen gesorgt. In der Juliausgabe der »Barnimer Bürgerpost« glossierte Johannes Madeja das mit einem »Weiter so!« Diese Aufforderung sei »nicht ganz ernst gemeint«, fügte er vorsichtshalber hinzu (BBP 7/2010).

Als hätte er vorausgesehen, daß die illegalen Baumabholzungen in Eberswalde unverdrossen weitergehen würden. Diesmal wurden auf einem vier Hektar großen Geländes an der Hans-und-Hilde-Coppi-Straße »mitten in der Vegetationsperiode, etliche vitale Bäume gefällt worden. Die Rede ist von etwa 100 Exemplaren, die der Baumschutzverordnung unterliegen und ohne Einverständnis der unteren Naturschutzbehörde des Kreises nie hätten abgeholzt werden dürfen.« (MOZ, 20.07.2010).

Im Juni hatte die Heliotron GmbH aus Claußnitz bei Chemnitz den Bauantrag gestellt, um auf dem Gelände eine Photovoltaikanlage zu errichten. Heliotron-Geschäftsführer Heiko Hahn wies den Verdacht, seine Firma habe vorschnell und damit gesetzeswidrig handelnd eine Baufeldräumung in Auftrag gegeben und damit vollendete Tatsachen schaffen wollen, weit von sich. Er hatte am 13. Juli 2010 Anzeige erstattet gegen »die Unbekannten, die sich ohne Befugnis Zugang zum Grundstück verschafft und die Bäume abgesägt haben«. Laut Polizeiangaben wurde dabei das Fällen von zwei Bäumen und der Diebstahl von Pflastersteinen »irgendwann zwischen dem 1. Juni und dem 13. Juli« angezeigt (MOZ, 22.07.2010). Sogar der Landrat meldete sich aus dem Sommerloch: »Wir werden so ein Verhalten in diesem Landkreis nicht länger dulden und das künftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterbinden.

Diesen Fall und weitere werden wir genauestens prüfen«, betonte Bodo Ihrke.

Ein halbes Jahr später steht die Photovoltaikanlage. Zum 30. Dezember 2010 ist die 1,9-MW-Anlage in Betrieb gegangen. Die kreisliche Naturschutzbehörde ist in ihren Ermittlungen allerdings nicht weiter als im Juli. Alle als Verursacher und Zeugen in Frage kommenden Personen – Eigentümer, Bauherr, Planer, beauftragte Firma, Verwalter vom Rofinpark – seien angehört worden, berichtete jetzt die für Naturschutz zuständige Sachgebietsleiterin Solveig Opfermann auf Nachfrage des bündnisgrünen Stadtverordneten Dr. Andreas Steiner. Doch habe man den »Verursacher für den 'kriminellen' Anteil an den Baumfällungen« nicht ausfindig machen können. Es seien vermutlich »gut informierte 'Dritte'« gewesen, so Opfer-

mann. Auch die Ermittlungen der Polizei hätten bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Im Zusammenhang mit dem Bauantrag gebe es eine detaillierte Aufstellung über die 107 beiseitigten Bäume, die der Baumschutzverordnung unterliegen. Der Eigentümer wurde auf dieser Grundlage von der Unteren Naturschutzbehörde per Anordnung zum Ersatz verpflichtet. Im Moment sei noch strittig, ob dieser Ersatz in Geld für den Ersatzpflanzungsfonds oder im Spar-Interesse des Bauherren durch direkte Pflanzungen erfolgt.

»Meines Erachtens stinkt die ganze Sache«, meint Dr. Steiner. Er habe das unguete Gefühl, daß es nicht im Interesse der Kreisverwaltung liege, die Verursacher dingfest zu machen. Man wolle sich nicht investorenunfreundliches Agieren vorwerfen lassen.



Ende Oktober 2010 waren die Abrißarbeiten auf dem Gelände des künftigen Solarparks noch im vollen Gange. Für die Holzungsarbeiten wäre nach Ende der Vegetationsperiode noch genügend Zeit gewesen.

Studie zu Bundeswasserstraßen:

Ausbaubedarf in den neuen Ländern ist nicht erkennbar

Seit zwei Jahrzehnten werden Milliarden in den Ausbau von Wasserstraßen – vor allem im Osten – investiert. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf Prognosen, die nie eingetreten sind. In einem jetzt vorliegenden Gutachten heißt es: Entgegen aller Prognosen nimmt der Verkehr auf den Binnenwasserstraßen kaum zu. Das gesamte Verkehrsaufkommen ist seit 1990 unverändert und liegt bei ca. 60-65 Mrd. Tonnenkilometer pro Jahr. Die Milliardeninvestitionen haben daran nichts ändern können.

Die Bundesregierung verzichtet auf eine Analyse der aktuellen Situation und eine daraus abzuleitende Priorisierung der Wasserstraßenprojekte. Bei der jüngsten Überprüfung der Bedarfspläne wurden Wasserstraßen nicht berücksichtigt. Im Bundesverkehrswegeplan sind noch immer alle Wasserstraßenprojekte als vordringlich eingestuft.

Die Planungen der Bundesregierung sehen noch etwa 3,8 Mrd. Euro an Investitionen vor. Für die Zeit ab 2012 sind sogar fast 4,8 Mrd. Euro eingeplant. Diesen Investitionswünschen stehen tatsächliche Investitionen von 120 Millionen Euro im Jahr 2011 gegenüber. Planun-

gen und Finanzierbarkeit klaffen auseinander und machen eine differenzierte Betrachtung und Bewertung des Wasserstraßenausbaus unbedingt erforderlich. Unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten sind Investitionen zu hinterfragen, bei denen hohe Aufwendungen einem geringen und nur sehr begrenzt entwicklungs-fähigen Verkehrsaufkommen entgegenstehen oder gar mit kritischen Eingriffen in die Umwelt verbunden sind.

Maßnahmen am Rhein und Nord-Ostsee-Kanal sind prioritär und müssen zügig umgesetzt werden. Alle weiteren Projekte werden in dem Gutachten in Kategorien eingeteilt. Zu den »sonstigen« Wasserstraßen gehören auch die Oder-Spree-Wasserstraße und die Oder oberhalb des Anschlusses der Havel-Oder-Wasserstraße. Hier ist die Nutzbarkeit durch größere Schiffe nicht oder nur sehr begrenzt sinnvoll und sollte durch die vorhandene Infrastruktur realisiert werden.

Bei einem Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße für Küstenmotorschiffe mit einem Tiefgang von 3,50 m bestehen ökologische Bedenken. Gleichzeitig ist für

einen derartigen Ausbau der Bedarf nicht absehbar. Daher sollte primär die Möglichkeit des zweilagigen Containertransports durch Brückenerhöhungen im Mittelpunkt stehen.

Die Studie überprüft anhand von erfaßten Verkehrsdaten, wo sich Verkehre bewegen und wie die Entwicklung des Aufkommens ist. Dieser Aufgabe hat sich die Bundesregierung bisher nicht gestellt. Wir werden die Bundesregierung auffordern, die Binnenschifffahrt mit einem möglichst geringen finanziellen Einsatz und minimalen Eingriffen in die Umwelt maximal zu entwickeln. Wir sollten dazu kommen, die Schiffe unseren Flüssen anzupassen und nicht umgekehrt. Zudem führt nur ein abgestimmtes Konzept zwischen Wasserstraßen und Schienenverkehr zu optimalen Bedingungen für einen umweltverträglichen Verkehr. Daran muß sich für uns auch die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung orientieren.

CORNELIA BEHM, MdB

Die Studie finden Sie auf der Homepage der Bundestagsabgeordneten Dr. Valerie Wilms bzw. unter diesem Link: http://www.valerie-wilms.de/userspace/KAND/wilms/PDF-Dateien/Bericht_Binnenschifffahrt/101114_Bericht_Binnenschifffahrt_final.pdf

Ja, ich weiß schon: weshalb englisch? Natürlich - weil es cool ist. Englisch ist aber daneben auch praktisch im Zeitalter vielfältiger, individueller internationaler Begegnungen. Von vielen anderen Gepflogenheiten unserer Tage kann man nicht sagen, daß sie praktisch sind. Sie sind nur »in«.

Im Zug sitzt eine Mutter, ihr Baby im Korb neben sich. Das Kind schläft friedlich. Täte es das nicht, so würde es die Mutter trotzdem nicht stören. Die ist nämlich zugestöpselt (wahrscheinlich hört sie Musik - und vermutlich nicht gerade Bach) und simst auf ihrem Handy. Praktisch? In gewissem Sinne schon. Sie hat Kontakt, zum Kind allerdings nicht.

Durch die Straßen laufen junge Männer und Frauen, mit oder ohne Rucksack, in der Hand oder Rucksacktasche eine Flasche: Bier, Wein, Alcopop, im harmlosen Falle Limo oder Mineralwasser. Ob Durst oder nicht - das ist »in«, praktisch ist es nicht. Im übrigen zeigen diese Jungs und Mädchen, daß sie keinerlei kritische Distanz zu ihrer Mitwelt haben. Sie sind schlicht Opfer hinterhältiger Werbekampagnen der Getränkeindustrie, die durch »Experten« fachlich völlig unsinnige Zahlen über den täglichen Flüssigkeitsbedarf des Menschen in die Welt setzen läßt. Aber wenn sie das wüßten, änderte das nichts. Weil es »in« ist. Weil es die »anderen« auch machen. Sie sind eben auch Opfer des blinden, unreflektierten Nachahmungstriebes. Bis hierhin ist das alles noch harmlos.

Morgens um sechs sollten wir in Rostock am Alten Friedhof sein, also um fünf aufstehen: Vogelstimmenexkursion. Die verstöpselte Generation hört sicher keine Vögel singen. Die simsende Generation sieht auch keine Sternbilder am Himmel. Wozu auch? Sie empfindet dafür keinen Bedarf - ihre Sterne leuchten im Internet. Kurz gegoogelt, und man weiß, wie Großer Bär, Orion oder Zwillinge aussehen. Aber wozu muß man das wissen? Die closed generation kennt die virtuelle Welt besser als die reale (sollten das Vorurteile sein, würde es mich freuen). Nein, meinen die Verstöpselten, sie sind ständig am Ball, sie erfahren jedes Ereignis der Welt in Sekunden über Twitter, wenn sie denn Nachrichten wollen und nicht nur Gedröhn. Nur - verstehen kann man die Ereignisse im Reizstrom nicht. Dazu muß man die Stöpsel ziehen und ein paar Minuten nachdenken. Um dafür Stoff zu haben, müßte man auch mal ein paar Bücher lesen, die nicht auf den Hitlisten stehen, selbst solche, die vor fünfzig oder hundertfünfzig Jahren geschrieben wurden. Müßte man. Also Distanz gewinnen von der heutigen realen, erst recht von der virtuellen Welt.

Das Problem ist, daß ja die schnellere Nachrichtenversorgung allein gar nichts nützt, weil wenige Server mit ihren speziellen, aber undurchsichtigen Interessen die Nachrichtenströme kontrollieren, in den Printmedien ebenso wie im Web. Diese riesigen Nachrichtenmaschinen - CNN, BBC, FoxNews, Google

Von Treibern und Getriebenen:

Closed Generation

etwa - machen mittels ihrer Filter die Netze dicht. Da kommt nichts Ungewolltes durch. WikiLeaks ist die positive Ausnahme, das Loch in der kontrollierten Nachrichtenwelt. WikiLeaks zeigt aber auch, wie schnell ein solches Loch zugestöpselt wird. Selbst die Loch-Abdichter und ihr Handwerkszeug sind mal deutlich zu erkennen: Sperren von Websites (wurde dieses Verbrechen nicht gerade den Chinesen vorgeworfen?), Sperren der Finanzflüsse, Fallstellen durch Geheimdienstnutten (ein Uraltrezept, siehe auch Fall Mordechai Vanunu), Haftbefehl durch willfährige Justizorgane, kurz eine förmliche Treibjagd. Zu sehen ist das alles nur, weil wirklich mal eine Panne passiert ist. Normalerweise läuft die Kontrolle der News ganz still hinter den Kulissen ab. Nur zweifelnden, kritischen Geistern fällt auf, daß sie in allen Medien die gleichen Nachrichten finden, auch die gleichen Sichtweisen, die gleichen Meinungen. Nehmen die Verstöpselten das wahr?

Wir haben es also nicht mit Information zu tun, sondern mit Meinungssuggestion. Wie die funktioniert, hat ein Altmeister schon 1895 beschrieben, als es noch keine e-Medien gab, als Hitler 6 Jahre alt und Goebbels noch nicht geboren war. Der französische Psychologe Gustave Le Bon (*»Psychologie der Massen«*) formulierte das ABC der Meinungsmache folgendermaßen:

A) Simplizität, keine Details *»Welche Ideen den Massen auch suggeriert werden mögen, zur Wirkung können sie nur kommen, wenn sie in sehr einfacher Form aufzunehmen sind.«* Die Medien berichten dieser Tage, zwei deutsche Journalisten seien im Iran inhaftiert (Empörungsmoment 1), weil sie versucht hätten, den Sohn einer Frau zu interviewen, die wegen Ehebruchs gesteinigt (Empörungsmoment 2) werden sollte. In dieser einfachen Form wird die Nachricht wiederholt. Nur gelegentlich hört man: a) die *»Journalisten«* seien mit Touristenvisa eingereist, aber wären nicht im Iran akkreditiert (in keinem Land der Welt arbeiten fremde Journalisten ohne Akkreditierung; Nachrichtensammlung ohne Akkreditierung tangiert die Grenze zur Spionage); b) der Frau wird nicht nur Ehebruch, sondern Beteiligung am Mord an ihrem Ehemann vorgeworfen; c) die Behör-

den sagen, die Frau solle nicht gesteinigt werden. Der *»Nachrichtenkern«* ist nicht falsch. Frage: von welchem Grad des Weglassens an wird eine korrekte Nachricht zur Lüge?

B) Verschleierung: *»Die Macht der Worte ist so groß, daß gut gewählte Bezeichnungen genügen, um den Massen die verhaßtesten Dinge annehmbar zu machen.«* Aktuelle Beispiele: verbaler Eiertanz um Afghanistankrieg, inflationärer Gebrauch des Wortes *»Reform«*, *»Kaufzurückhaltung«* statt Geldmangel, *»Rettungsschirme«*, die den zu Rettenden aufgenötigt werden müssen...

C) Wiederholung: *»Die reine, einfache Behauptung ohne Begründung und jeden Beweis ist ein sicheres Mittel, um der Massenseele eine Idee einzufloßen... Die Behauptung hat aber nur dann wirklichen Einfluß, wenn sie ständig wiederholt wird, und zwar möglichst mit denselben Ausdrücken... Das Wiederholte befestigt sich so sehr in den Köpfen, daß es schließlich als bewiesene Wahrheit angenommen wird... Lesen wir täglich in derselben Zeitung, A sei ein ausgemachter Schuft und B ein Ehrenmann, so werden wir schließlich davon überzeugt, vorausgesetzt allerdings, daß wir nicht zu oft in einem anderen Blatt die entgegengesetzte Meinung lesen...«* (Setzen wir einmal für A Stalin, für B Gorbatschow, so läßt sich der Satz Le Bons überprüfen. Vorsichtige Nachfrage, ob Behauptung A zweifelsfrei und uneingeschränkt richtig ist, ließe nämlich sofort einen gewissen Autor dieses Blattes empört aufschreiben, der Behauptung A und B erfolgreich *»verinnerlicht«* hat.) Prägen durch Wiederholung ist gängiges Mittel der Meinungssuggestion. Kein Erwähnen von HAMAS ohne Zusatz *»radikalislamistisch«*, ständiger - sinnloser - Zusatz *»ehemalig«* zu DDR (suggeriert *»Schluß, aus, endgültig«*).

Liebe Leserinnen und Leser, unsere Hirne werden manipuliert - jetzt, in jedem Augenblick. Einzige Gegenwehr: Stöpsel ziehen, Ohren und Augen auf, Verstand einschalten, Realität wahrnehmen, fragen, wo nicht gefragt werden soll. Die andere Alternative hat Le Bon gültig formuliert: *»Mit einem kleinen Vorrat von Redewendungen und Gemeinplätzen, die wir in der Jugend erlernten, besitzen wir alles Nötige, um ohne die ermüdende Notwendigkeit, nachdenken zu müssen, durchs Leben zu gehen.«*

ROLF RICHTER

Buchtipp:

Christian Siefkes: Beitragen statt tauschen. Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software. AG SPAK Bücher, ISBN 978-3-930830-99-2, 2008, 168 Seiten, 16 Euro.

In den letzten Jahrzehnten ist eine neue Produktionsweise entstanden, die auf Kooperation und Teilen beruht. Diese Produktionsweise hat ausgereifte Betriebssysteme wie GNU/Linux sowie unzählige andere Freie Softwareprogramme hervorgebracht. Bislang wird diese neue Produktionsweise - Peer-Produktion genannt - allerdings nur bei Informationsgütern praktiziert. In diesem Buch wird die Frage diskutiert, ob diese Beschränkung notwendig ist oder ob das Potential der Peer-Produktion weiterreicht. Ist eine Gesellschaft möglich, in der Peer-Produktion die dominierende Produktionsweise ist? Wie könnte eine Gesellschaft aussehen, wo die Bedürfnisse - nicht der Profit - bestimmen, was und wie produziert wird? Antworten finden sich in diesem Buch.

www.agspak-buecher.de

Musiker, Künstler und Erzähler

Musiker zu sein, habe er nach vielem Ausprobieren als seine eigentliche Bestimmung entdeckt, bilanzierte Tino Eisbrenner am 5. Dezember bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann« – und mit seiner Gitarre und der Ballade »Der Gedanke« beendete er den Talk auch. Davor hatte Eisbrenner, Jahrgang 1962, erzählfreudig und schlagfertig das Publikum in der Buchhandlung »Schatzinsel« zweieinhalb Stunden lang in den Bann gezogen.

Eingangs war er von Dagmar Enkelmann hintersinnig gefragt worden, was er denn eigentlich nicht mache – so vielfältig sei sein Leben und Schaffen. Eisbrenner kann man heute als Singer/Songwriter, nur vom Gitarristen oder einem Akkordeonspieler begleitet, erleben, als Rockmusiker mit seiner alten Band »Jessica« oder in anderen Besetzungen, er macht Lesungen und hält Seminare ab, bei denen er über die Macht der Töne über das Seelenleben referiert. Inspiriert dazu hatten ihn Besuche bei indianischen Völkern in Lateinamerika. Zwischendurch arbeitete Eisbrenner auch als Kulturmanager im Pfefferberg oder beriet das We-



Zum 135. Geburtstag:

Wilhelm Pieck – der erste Präsident der DDR

Wilhelm Pieck wurde am 3. Januar 1876 in Guben in einer Arbeiterfamilie geboren. Er erlernte den Tischlerberuf und ging, wie damals üblich, nach der Lehre auf Wanderschaft. Die Kontakte mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern führten ihn Mitte der 1894 in den Holzarbeiterverband und ein Jahr darauf in die SPD. Als er nach seiner Wahl zum 1. Sekretär der SPD in Bremen 1907/08 die zentrale Parteischule besuchte, lernte er Rosa Luxemburg kennen. Während des 1. Weltkrieges war Wilhelm Pieck entschiedener Gegner der »Burgfriedenspolitik« der SPD-Führung. Auch nachdem er 1915 eingezogen wurde, agitierte er gegen den Krieg. Bevor ihn ein Kriegsgericht verurteilen konnte, floh er in den Untergrund.

Während der Revolution von 1918/19 stand er an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Spitze des Spartakusbundes, aus dem am 31. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging. Nur knapp entging Wilhelm Pieck dem Schicksal seiner Mitstreiter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919

stern-Eldorado bei Templin fachlich. Ein Motiv für letztere Tätigkeiten war auch, ließ Eisbrenner durchblicken, daß er damit sein Leben finanzieren konnte. Nach der Wende war bei ihm wie bei den meisten Ost-Künstlern ein Jahr lang Flaute gewesen. Mittlerweile ist sein Auftrittskalender gut gefüllt.

Am bekanntesten war und ist Eisbrenner noch immer als Frontmann der – heute würde man sagen – DDR-New-Wave-Band »Jessica«. Innerhalb weniger Jahre war diese von einer Schülerband zu einer Rockgröße des Landes aufgestiegen. Eisbrenner hat diese Zeit intensiv reflektiert. Heute sei ihm klar, sagte er rückblickend, daß Bands wie »Jessica« oder »Rockhaus« von der DDR-Führung auch benutzt wurden, um das künstlerische Vakuum zu füllen, das durch Ausbürgerung oder Weggang vieler maßgeblicher Künstler Ende der 70er Jahre entstanden war. daß die Rechnung der DDR-Oberen mit den jungen, angeblich unkomplizierten Bands dann nicht wie gedacht aufging, weil deren Mitglieder, wie Eisbrenner es ausdrückte, einen Kopf zum Denken hatten, stand dann auf einem anderen Blatt.

Eisbrenner erzählte dies und vieles andere offenherzig, bekannte, daß er – obwohl am 11.11. geboren – eine Karnevalsmuffel sei, einen Hang zum Perfektionismus, zu Brecht und auch zu »Schulzen«-Musik habe, was aber für ihn kein Widerspruch sei. Inzwischen halte er sich bewußt Tage frei, in denen er sich »in Watte« packe und nur Künstler sei, um neue Musik und Texte zu schreiben. Von ihm wird noch zu hören sein.

MANFRED SCHWARZ

Neues von...

Dynamo Dresden

Egal eigentlich, ob die Mannschaft auf- oder absteigt. Lorbeer hat sie dennoch verdient. Als sich Jürgen Drews, der gesäßgeliftete »König von Mallorca«, andiente, eine Klubhymne zu komponieren, lehnten die Spieler und die Mannschaftsleitung das einstimmig ab. Mag den Sachsen die Feinkennntnis der deutschen Hochsprache fehlen und mögen sie sich überall vordrängeln – aber: Sie haben Geschmack! Anders als jene niedersächsischen Kleinstadtlehrer, die ihre Schüler damit ruhigstellen wollten, daß sie ausgerechnet den schmierigen Ballermannbarden zum Schulfest einluden.

Axel Schulz (Faustkämpfer)

In der Vorweihnachtszeit trat der sich immer aufs Neue irgendwo einladende Kämpe, der inzwischen den Beruf des Fackelmützenträgers ausübt, auf einem Gehöft im Voralpenland auf. Mit ihm die vielfaltige Uschi Glass und einige andere Typen aus dem Kuriositätenkabinett, die der Droge Dauerselbstdarstellung verfallen sind. Ein Gnadenhof feierte sein Zehnjähriges. In dieser Einrichtung werden ältere Tiere edlerer Art mit Mohrrüben, Zuckerle und Streichleinheiten versorgt. Ausgediente Siegerpferde, heiser gewordene Papageien aus dem Zirkus Krone, greisende Büffel aus Indischerfilmen und alte Kollegen vom Kommissar Rex. Im Gegensatz zu uns Alex drängten sich die Viecher nicht an jede Kamera und gaben von Ferne Grunzlaut. Wer vom Lorbeer verflossener Zeiten zehren muß, begnügt sich weise – wußten die Tiere. Von denen alle unbenutzt waren.

Dr. STEFFEN PELTSCHE

Grotewohl mit dem berühmten Händedruck die Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien KPD und SPD zur SED.

Wilhelm Pieck war mit seiner humanitären Art und als Repräsentant des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden in der Bevölkerung sehr beliebt und für die junge Generation ein großes Vorbild. In einem Marschlied, das damals in den Volkspolizei-Wacheinheiten gesungen wurde, heißt es: »...denn wir sind der Nachwuchs der deutschen Republik. Wir halten Dir Treue, Genosse Wilhelm Pieck.« Eine Form, in der die Verbundenheit zum ersten Präsidenten unseres ersten Arbeiter- und Bauernstaates zum Ausdruck kam.

Wilhelm Pieck starb am 7. September 1960. Seine Geburtsstadt Guben nahm den Zusatz »Wilhelm-Pieck-Stadt« an. In der DDR erhielten viele Betriebe, Schulen, Straßen und Plätze seinen Namen. Nach der Wende machte man vieles davon rückgängig, so auch in Eberswalde, wo die Wilhelm-Pieck-Straße in Eisenbahnstraße umbenannt wurde.

NORBERT GLASKE

Gude, die Nixe vom Bachsee

Vor vielen hundert Jahren schritt an einem warmen Sommertage ein junger Wandersmann durch das romantische Ragöser Tal, das damals noch eine große, blühende Waldwildnis bildete. Zur Seite des Weges glitzerte das Ragöser Fließ durch das grüne Zweiggewirr der Bäume. Seinen Rand umsäumten Vergißmeinnicht, Knabenkraut und goldgelber Hahnenfuß, und auch am Fuße der hochwüchsigen Eichen, Buchen und Birken sowie der hohen düsteren Tannen blühten Waldblumen in üppiger Menge. Würzige Erdbeeren, dunkelblaue Heidelbeeren und purpurne Himbeeren luden zum Genusse ein. Zu den dichtbelaubten Kronen der Waldriesen schlug der Buchfink, und der Specht, der stets fleißige Zimmermann der Vögel, hackte und hämmerte an den Stämmen. Schnurrend eilte ein Eichhörnchen am Baume empor und guckte hinter dem schützenden Aste mit leuchtenden Augen zu dem Störenfried hinab. Bei all dem Singen und Blühens ringsherum erwachte auch in dem treuherzig dreinschauenden, hübschen Burschen die Freude und Lust am Leben; er schob sich die Mütze von dem blonden Krauskopf zurück und schickte einen Jauchzer durch die sonnenerfüllte Waldesluft. Sein Ziel war die Waldmühle, die in der Nähe des Bachsees lag. Dort gedachte er als Müllergeselle einzutreten.

Vom Bachsee hatte er schon viel in seiner Heimat erzählen hören. Den wollte er sich zuerst ansehen, bevor er sich beim Waldmüller meldete. Und dann, nachdem er den kleinen Tannenhang erklimmen hatte, lag der See in seiner schwermütigen Einsamkeit vor ihm. Tief, tief spiegelten sich in seiner smaragdgrünen Wasserfläche die alten Bäume des Ufers und die goldumranderten Sommerwolken wider. Dort unten aber, wo das hohe Schilf stand und die gelben und weißen Wasserrosen blühten, ruhte unter dem Schatten einer Weide ein schlummerndes Mädchen von zarter, fremdartiger Schönheit. All die Märchen, die der Müllergeselle als Knabe von Nixen und Waldelfen gehört hatte, fielen ihm bei ihrem Anblick ein. Ihre schneeweißen Füße bespülten wie liebkosend die kleinen Wellen des Sees. Lange, blonde Haare, die in der Sonne wie flüssiges Gold schimmerten, umfluteten ihr rosig angehauchtes Gesicht mit dem purpurnen, kleinen Mund und den mit schwarzen Wimpern besetzten Augenlidern. Und als sie diese dann, von dem Geräusch seiner Schritte geweckt, erschrocken aufschlug, schien ihm das liebliche ernste Bild des Sees aus ihren Tiefen entgegenzustrahlen.

Zuerst wollte die Jungfrau beim Anblick des fremden Mannes scheu entfliehen, doch dann fand auch sie Wohlgefallen an ihm, und nicht lange, so entbrannten ihre Herzen in heftiger Liebe. Von da ab trafen sie sich täglich an derselben Stelle, wo sie sich zuerst gesehen hatten.

Aber jedesmal, wenn sich die Sonne über den düsteren Tannen des jenseitigen Ufers ihrem Untergang zuneigte, trennte sich das Mädchen hastig von ihrem Freunde. Er ging dann heim zu der kleinen Waldmühle, während sie zum Gestade des Sees hinabeilte. Auch durfte er sie niemals begleiten, ja sich nicht einmal mehr nach ihr umsehen, sobald sie erst Abschied voneinander genommen hatten. Darum hatte sie ihn gleich am ersten Tage gebeten, und da er sie so maßlos lieb hatte, tat er ihr in allem den Willen. Nachdem sie sich zum erstenmal geküßt hatten, schenkte die Jungfrau ihrem Liebsten einen seltsam geformten, altertümlichen Ring. Dabei sagte sie zu ihm: »*Laß ihn nie von deinem Finger, denn an ihm hängt unser ganzes Glück. Fürchtest du je, mich zu verlieren, so brauchst du ihm nur ein paarmal am Finger herumzudrehen und dabei zu sprechen: 'Gudelein, Gudelein, Komm zu deinem Liebsten fein!' Dann hast du mich wieder!*« Der junge Müller versprach, den Ring zu hüten wie seinen Augapfel.



Einmal beim Tändeln und Kosen hatten sie die Zeit des Abschieds versäumt. In dem Augenblick, als die Sonne hinter dem Tannenwald verschwunden war, trat ein alter, finster aussehender Mann mit einem lang herabhängenden, schneeweißen Bart aus dem Gebüsch. Der Jüngling erschrak heftig, aber in demselben Augenblick war Gude verschwunden. Gleichzeitig klang es wie leises Flüstern und Mahnen aus den Tiefen des Bachsees zu ihm herauf. Da entfloh er, ohne sich noch einmal umzusehen. Doch am nächsten Tage schon stand er wieder am Ufer des Sees. Sein Leben war ihm ohne die Geliebte verleidet, und wenn er nun auch wußte, daß sie kein gewöhnliches Menschenkind sei, tat das seiner heißen Liebe zu ihr keinen Abbruch, sondern das Geheimnis, das sie ihm so jäh entrückt hatte, machte sie nur noch begehrenswerter in seinen Augen.

Plötzlich gedachte er des Ringes und seines Zauberspruches. Und kaum, daß er ihn an seinem Finger gedreht und dazu gesprochen: »*Gudelein, Gudelein, Komm zu deinem Liebsten fein!*« hatte er die Geliebte wieder. Den ganzen

Sommer hindurch währten ihre heimlichen Zusammenkünfte. Aber niemals sprach sie mit ihm über jenen Abend, an dem der alte finstere Mann erschien und sie zu gleicher Zeit aus seinen Armen entschwunden war. Als er sie einmal danach fragte, flog ein Schatten über ihr liebliches Antlitz, und ihre herrlichen Augen füllten sich mit Tränen. Da drang er nicht weiter in sie, aus Furcht, ihr wehe zu tun. Jedesmal beim Scheiden mahnte sie ihn, den Ring niemals von seinem Finger zu lassen. Sonst wäre es mit ihrem Glück vorbei.

Der Waldmüller, bei dem der Jüngling im Dienst stand, hatte eine Tochter von achtzehn Jahren, die sich sterblich in den hübschen, fremden Burschen verliebt hatte. Sie sah sofort den Ring an seinem Finger und merkte auch, daß seine häufigen Waldspaziergänge irgend eine Bewandnis haben mußten. Heimlich schlich sie ihm einst nach, erblickte ihn in den Armen der anderen und hörte auch die flehende Bitte, die Gude in betreff des Ringes an ihren Liebsten richtete. Die Eifersucht ließ sie nun Tag und Nacht auf ein Mittel sinnen, in den Besitz des kostbaren Kleinods zu gelangen, dessen Verlust für den Müllergesellen die Vernichtung seines Liebesglücks bedeutete.

Zuletzt gab ihr der Haß gegen die andere einen teuflischen Gedanken ein. In den Abendtrunk, den sie täglich dem Gesellen brachte, mischte sie ein stark wirkendes Schlafmittel, das sie selbst aus allerlei Kräutern des Waldes zusammengestellt hatte. In der Nacht aber, als der Jüngling in tiefem, totenähnlichem Schlafe lag, entwendete sie ihm den Ring. In dieser Nacht hatte der so heimtückisch Beraubte einen seltsamen Traum: Er stand allein im finsternen Walde am Ufer des Bachsees und sah aus seinen Fluten eine Wassernixe emportauchen, deren süßes, trauriges Antlitz die Züge der Geliebten trug. Die sang mit leise schluchzender Stimme: »*Nun ist dir geraubet mein Ringelein, Nun ward wieder Nixe die Liebste dein. O Menschenlist, o Herzelein! Fahr wohl, mein Lieb, in Ewigkeit!*«

Als der Müllergeselle am nächsten Morgen seinen Verlust bemerkte und rasend vor Schmerz dem Bachsee zueilte, fand er dort, wo er die schlummernde Gude zum erstenmal erblickt hatte, eine weiße, abgepflückte Wasserrose, die in ihrem traumartigen, kaum erschlossenen Kelch drei purpurrote Blutstropfen trug. Und als er die Blume dann aufnahm, flossen die Blutstropfen wie zu einem Ringe zusammen. Seine geheimnisvolle Geliebte aber hat er niemals wieder gesehen. Doch trifft sich seit jener Zeit ein Liebespaar am Ufer des Bachsees, schluchzt und klagt es leise aus den Fluten wie eine traurige Mädchenstimme. Das ist Gude, die Wassernixe, die um ihr jäh zerstörtes Menschenglück weint.

Aus der Sagensammlung von BERND MÜLLER

Eröffnungsball im KULTURBAHNHOF FINOW

Die Stadt Eberswalde erhält im Januar 2011 mit dem KULTURBAHNHOF FINOW, einst unter den Namen Kulturhaus Finow, Rockbahnhof oder Ostbahnhof bekannt, eine neue Spielstätte. Am Samstag, den 22. Januar, um 19 Uhr startet der KULTURBAHNHOF mit einem fulminanten Eröffnungsball in seine erste Spielsaison. Die Eröffnungsveranstaltung bildet den Auftakt für regelmäßige Kulturangebote in dem schön sanierten Saal in der Finower Bahnstraße 32.

Betreiber des KULTURBAHNHOFS ist die Volkssolidarität Barnim, die hier vielseitige Angebote für das Barnimer Publikum etabli-

ren möchte. Erleben Sie an diesem Abend ein musikalisches Feuerwerk mit Tanz bis in die Nacht!

Das attraktive Berliner Erfolgsduo Alenka Genzel & Frank Matthias präsentiert charman-tes Entertainment mit Hits aus Operette, Musical und Film. Tanzeinlagen von Standard bis Latein verführen die Sinne, DJ Marko legt für Sie heiße Rhythmen auf!

ANDREA HOEHNE

Einlaß und warme Speisenangebote ab 18 Uhr, ein Begrüßungssekt ist inklusive. Eintritt: 19,50 Euro (Speisen u. Getränke zu- zügl.) Vorverkauf: VS Barnim, Schneiderstr. 19, Tel. 03334-639880; VS-Begegnungsstätte, Bahnhofstr. 32, Tel. 03334-383586; Cafete- ria im Arbeitsamt Eberswalde, Bergerstr. 1, Tel. 03334-374422

Bonjour! Meine Freundin wird achtzig

Geboren wurde sie in Paris. Vater Spanier italienischer Abstammung, Akkordeonvirtuose, Mutter damals »bester weiblicher Clown der Welt«. Persönliche Kennzeichen: braune Augen, der eine Spur zu breite Mund, den stets ein hinreißendes Lächeln umspielte (clownesque Talente hat sie vermutlich seit Babyzeiten) und ein umwerfendes Temperament. Mit 6 stand sie bereits auf den Bühnenbrettern, und ob sie besser sang oder tanzte, darüber mögen die Götter streiten. Jedenfalls hat sie in immerhin 11 Sprachen gesungen. Befreundet bin ich mit ihr seit dem 19. August 1956. Da sah ich sie – nach Schlangestehen an der Kasse – zum ersten, zwei Tage drauf zum zweiten und im November das dritte Mal. Danach kannte ich alle Melodien und Texte ihres ersten Films auswendig.

Erstaunlich, wer da noch mitspielte: Peter Alexander, Dietmar Schönherr und – Kulenkampf. Sie hat sie alle an die Wand gespielt und gesungen (sozusagen). Musik und Texte kamen zwar merklich aus der Traumfabrik des Wirtschaftswunderlandes, dennoch ist noch manches aktuell. Es wird glatter, immer glatter, wenns noch glatter wird, dann rutschen wir mal aus... Es geht runter, immer runter, denn das ist nun mal der Lauf der Konjunktur... Musikfilme gabs damals nicht wenige, auch passable. Dieser war ein Ereignis. Man kann die Stücke heute noch anhören, so zeitlos ist wirkliche, auf ernste Arbeit gegründete Gesangsqualität.

Am 14. Januar hat »die« Valente Geburtstag. Gratulation, und nochmals: Bonjour, Kathrin!

ROLF RICHTER

Zivilcourage verdient Anerkennung

Berlin (dgb). Vor 20 Jahren gründete sich das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. In diesem Jahr verleiht es zum 18. Mal das Band für Mut und Verständigung an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischer Ge-

walt beschützt oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Wer hat Ihrer Meinung nach die Auszeichnung für das Jahr 2010 verdient? Wir bitten um Ihre Vorschläge! Nähere Informationen finden Sie unter www.berlin-brandenburg.dgb.de.

MüllerInnen zogen Bilanz

Die Müllerinnen und Müller des Kunstvereins »Die Mühle« e.V. zogen auf ihrer Jahresmitgliederversammlung am 7. Dezember 2010 Bilanz über die Aktivitäten in der Zainhammermühle und anderenorts. Das Jahr 2010 war ein Jahr der Aktivitäten wie kaum eines zuvor in der 19-jährigen Mühलगeschichte.

Es begann mit der erfolgreichen Sanierung des Mühlerdaches und am 1. Mai wurde die Ausstellungssaison mit insgesamt 7 Ausstellungen eröffnet. Durch die Unterstützung des Jobcenters Barnim war es möglich, die Ausstellungen nun auch in der Woche täglich jeweils von 11.00 bis 17.00 Uhr geöffnet zu halten. Vielen Eberswalder, Touristen und auch Schulklassen nahmen dieses Angebot gern an. Neben den Ausstellungen fanden die MühleSPIELmeisterschaft am Pfingstmontag, zwei Konzerte, vier Kunsthandwerkskurse und wie in jedem Jahr zum Abschluß der Ausstellungssaison die Versteigerung von Kunstwerken der Mühlenkünstler zugunsten des Mühलगebäudes statt. alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht.

Die Mühlsaison ging mit dem 10. Weihnachtskunstmarkt am 2. Advent zu Ende. Wie immer war die Mühle an diesem Tag ein Treffpunkt für viele Eberswalder und Gäste.

Außerhalb der Mühle stellten etwa 20 Mitglieder im Altenhofer Kunstkreis, in der Onkologische Station des W. Forßmann Krankenhaus, in der Praxis für Allgemeinmedizin R. Röthke, in der Praxis für Augenheilkunde Dr. Goretzki, Dr. Morgenroth & Dr. Wolter, in der Praxis für Nuklearmedizin am W. Forßmann Krankenhaus, in der Villa Motz, im Rathaus Eberswalde, bei der 10. Freizeitkünstlerausstellung und im Geschäft »Schuh und Kunst – Britt Lembcke« aus. Darüber hinaus waren die MüllerInnen wieder beim FinE mit ihren Kunstständen vertreten.

Das wohl größte Kunstprojekt war aber die Aktion »Kunst trifft Wirtschaft« in der Eisenbahnstraße, an der sich viele Mühlenkünstler beteiligten. Die Eberswalder erinnern sich sicher an das Straßenfest in der Eisenbahnstraße und den Mühlschneckenweg – den roten Teppich aus Stoffen der Eberswalder –, der am Tag des Straßenfestes ausgerollt wurde. Auch heute noch sind einige Kunstwerke in der Eisenbahnstraße zu sehen.

Der Kunstverein dankt allen Spendern und Sponsoren, die die Aktivitäten des Vereins zum Erhalt des als Denkmal geschützten Gebäudes unterstützt haben. Der Mühlenkalender 2011 – dem Jahr des 20-jährigen Bestehens des Kunstvereins – ist noch in der Tourismusinfor- mation in der Adlerapotheke erhältlich. Auch der Verkaufserlös des Kalenders wird für die Arbeiten am Mühलगebäude verwendet.

VERONIKA BRODMANN

| | |
|---|---|
| <p>In tiefer Trauer teilt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e. V. Eberswalde mit, dass ihr langjähriges Vorstandsmitglied Ilse Weber am 13.12.2010 verstorben ist.</p> <p>Aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft kommend, hat sie seit der Gründung der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde als Vorstandsmitglied mit großem Eifer und Leidenschaft mitgewirkt und die Freundschaftsarbeit mitgestaltet. Es war ihr ein Herzensbedürfnis sich für die Freundschaft mit den Menschen der ehemaligen Sowjetunion einzubringen. Sie pflegte über Jahrzehnte engen Kontakt mit Freunden aus der SU.</p> <p>Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft verlor mit ihr eine Freundin und Streiterin für die Beziehungen unseres Landes mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion.</p> <p>Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.</p> <p>Waldemar Hickel Vorsitzender</p> | <p>Ein liebevolles Freundschaftsherz hat aufgehört zu schlagen</p>  |
|---|---|

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

»Grüner Bürgerstammtisch« am 28. Januar:

»Kommunalehe« zwischen Bernau und Panketal?

Panketal (bbp). Die Stadt Bernau und die Gemeinde Panketal sind Nachbarn. Doch »grenzüberschreitende« Herausforderungen werden nicht gemeinsam gelöst, so die Einschätzung der Niederbarnimer Grünen. Das Verhältnis zwischen beiden Kommunen sei offensichtlich »nicht gerade zum besten bestellt«. Geht es um Befindlichkeiten versus Vernunft? Am nächsten »Grünen Bürgerstammtisch« soll darüber diskutiert werden. Dabei geht es auch um die Frage, ob eine »Kommunalehe« der Randberliner Wachstumsgebiete überhaupt Sinn mache. »Gibt es inhaltliche Schnittmengen, welche Synergieeffekte sind zu erwarten und was sagen eigentlich die Bernauer und Panketaler zum Thema?«

Die Niederbarnimer Bündnisgrünen, heißt es in der Einladung, sind ebenfalls noch im Diskussionsprozeß und wollen das vermeintlich »heiße Eisen« am 28. Januar mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Der »Grüne Bürgerstammtisch« findet wie immer in »Leo`s Restauration« (Schönower Str. 59, 16341 Panketal/OT Zepernick) statt. Die Veranstaltung beginnt am um 19.30 Uhr.

Nach einer Fusion hätte das neue kommunale Gebilde eine Fläche von 130 Quadratkilometern und rund 56.000 Einwohner, deutlich mehr als die Kreisstadt Eberswalde, die aktuell auf knapp 42.000 Einwohner kommt.

Wander- und Veranstaltungsplan

Der aktuelle Wander- und Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für die Monate Januar bis März 2011 ist erschienen und hält wieder zahlreiche Veranstaltungen bereit. Von Wanderungen über Filmvorträge bis hin zum Besuch von Dornröschen ist wieder für viele etwas dabei. Der Plan liegt ab sofort in den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Wriezen, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Niederfinow, Angermünde, Joachimsthal, Chorin, Wandlitz und Schwedt sowie im Haus der Naturpflege Bad Freienwalde und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg kostenlos bereit.

Wer unter 03344-333200 anruft, kann sich den Plan auch kostenfrei zusenden lassen. Im Internet ist ebenfalls der aktuelle Plan unter www.wanderfalkenfrw.de abrufbar. **B. MÜLLER**

In eigener Sache (2)

Aus organisatorischen Gründen werden die mit dieser Ausgabe fälligen Abonnementsrechnungen erst mit der Februar-Ausgabe ausgeliefert. Ebenso wird der Abdruck der Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« und der Rückblick auf die Autoren 2010 auf die nächste Ausgabe verschoben. **G.M.**

In eigener Sache

Verein und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« wünschen allen Leserinnen und Lesern alles Gute fürs Neue Jahr. Für unsere Zeitung beginnt das Jahr mit einer Änderung. Was im Dezember bereits geübt wurde, soll im neuen Jahr zur Regel werden. Aus organisatorischen Gründen macht es sich erforderlich, den seit Gründung unserer Zeitung geltenden Erscheinungstag vom Freitag auf den Mittwoch vorzuziehen. Damit ändert sich natürlich auch der jeweilige Redaktionsschluß vom Sonnabend auf den Donnerstag vor dem Erscheinen. Wir bitten dies künftig zu beachten.

Der effektive Verkaufspreis der »Barnimer Bürgerpost« hat sich seit der ersten Ausgabe im September 1995 nicht geändert. Damals kostete die 8-seitige Ausgabe 1 DM, heute sind es 1 Euro für 16 Seiten. Im Jahresnormalabo kostet die »Barnimer Bürgerpost« sogar nur 75 Cent. Dabei soll es nach Möglichkeit auch bleiben, auch wenn dabei die Kostenkalkulation mehr als haarscharf ausgeschöpft wird. Möglich ist das einerseits dank unserer Förderabonnenten, die mehr als diese 75 Cent pro Ausgabe bezahlen und zum anderen durch jene, die ihre Freunde und Bekannten mit unserer Zeitung bekannt machen und für ein Abonnement der »Barnimer Bürgerpost« gewinnen.

Machen Sie weiter so. Gewinnen Sie Ihre Nachbarn, Ihre Verwandten, Freunde und Bekannten als neue Leserinnen und Leser. Wem es möglich ist, sollte auch darüber nachdenken das aktuelle Normalabo in ein Förderabonnement umzuwandeln. Vielen Dank!

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gädicke, Hickel, Markmann, Mierau (2), Mulemba, Müller, Mudzeck, Richter

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 6. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.2.2011, 12 Uhr.